Mittwoch, 24. April 1929
11. Jahrg. Nummer 94

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme i. d. Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Str. 30, Tel. [illegible]. Postscheckkonto: Breslau 144. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 30, Tel. 220 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpeditionen: Gleiwitz, Oberstr. 26, Tel. 4085; Oppeln, Malapanestr. 11, Tel. 1804; Görlitz: Kunik 6, Telephon 2334. Geschäftszeit: von 8—18 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau.— Druck: „Peuvag" Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 30.

Braun-Mussolini droht:

Zuchthaus gegen Maidemonstranten

Eine provokatorische Rede im Landtag — SPD.-Bartels läßt Tribünen räumen

(Eig. Ber.) **Berlin, 23. April.**

In der gestrigen Sitzung des Preußischen Landtages wurde die Beratung über den Etat des Staatsministeriums fortgesetzt und auch der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den sozialdemokratischen Innenminister wegen der Demonstrations- und Versammlungsverbote behandelt. Der Antrag wurde durch den Genossen Schwenk begründet. Er stellte einwandfrei fest, daß der Innenminister Grzesinski die Demonstrationsverbote auch am 1. Mai, dem Weltfeiertag des Proletariats, aufrecht erhalten würde. Bei dieser Maßnahme sei der Innenminister Grzesinski der Ausführende der Befehle des Schwerkapitals. Mit diesem Verbot wollen Grzesinski und Zörgiebel die Arbeiter in der jetzigen Zeit der Zuspitzung der Klassengegensätze noch mehr provozieren, um Anlaß zu noch schärferen Maßnahmen zu haben. Grzesinski habe aus der Geschichte der Arbeiter noch nichts gelernt, denn sonst müßte er wissen, daß selbst Bismarck mit seinem Sozialistengesetz den Vormarsch des proletarischen Klassenkampfes nicht aufhalten konnte. Grzesinski habe auch das Wort vergessen: „Mit dem Belagerungszustand kann schließlich jeder Esel regieren!"

Die Rede unseres Genossen wurde auf der Tribüne mit großem Beifall aufgenommen. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun, der in der Debatte das Wort ergriff, sprach zunächst über die Reparationsfrage und schlug starke nationalistische Töne an. Er erklärte, „man solle sich von dem Entrüstungsgetue der französischen Presse nicht irreführen lassen. Nüchterne Beurteilung, größte Zurückhaltung seien in diesen entscheidenden Tagen am Platze". Braun erklärte weiter, „er habe bange Zweifel, ob das deutsche Angebot, 37 Jahre lang jährlich 1650 Millionen Mark zu bezahlen, mit der Leistungsfähigkeit unseres Volkes noch in Einklang zu bringen sei, nachdem Deutschland schon viele Milliarden überwiegend aus der Substanz seines Vermögens abgeführt habe".

Natürlich sagte Braun nicht, daß es die arbeitenden Massen sind, aus deren Schweiß und Blut die Milliarden herausgeschunden werden sollen. Er sagte auch nichts darüber, daß seine Genossen und Kollegen in der Reichsregierung Schacht „freie Hand" gelassen und die Genehmigung zu weiteren Konzessionen an die Gläubigerstaaten gegeben haben.

Zur Frage der Maidemonstration hielt Braun eine unerhört provokatorische Rede. Die Demonstrationsverbote begründete er „im Namen der Demokratie und der Demonstrationsfreiheit" und beschimpfte Kommunisten und Rote Frontkämpfer. Das Verbot, behauptete er, richtet sich „nur gegen die gewalttätigen Elemente, die sich auf der Straße mit Revolvern, Messern und Schlagringen austoben wollen.

Aus diesem Grunde könne er auch am 1. Mai das Demonstrationsverbot nicht aufheben. Wenn trotzdem versucht werde, zu demonstrieren, so werde der preußische Staat zur Wahrung seiner Autorität und zur Sicherung von Ruhe und Ordnung alle erforderlichen Mittel einsetzen. Wer trotzdem die Arbeiterschaft auf die Straße führe, trüge dafür nicht nur die moralische, sondern auch die strafrechtliche Verantwortung. Die Justiz werde die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. (Zuruf der Kommunisten: Ihre Drohungen mit der Klassenjustiz schrecken uns nicht!)

Genosse Schulz, der Braun antwortete, wurde mehrfach zur Ordnung gerufen und sprach unter großem Beifall der Tribünen. Der sozialdemokratische Präsident Barthels verfügte darauf die gewaltsame Räumung der Tribüne.

*

Als Löbe am Sonntag in Breslau in einer Reichsbannerkundgebung sein Bekenntnis zur kapitalistischen Republik und zur Aufrüstung ablegte, kam er auch auf die Frage der Diktatur zu sprechen. Er behauptete, im Lager der Deutschnationalen und der Völkischen gebe es keinen Mann, der das Format zum Diktator hätte. **Der einzige Mann in Deutschland, der zum Diktator geeignet sei, wäre sein Freund und Genosse, der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun. Der habe das Format zum Diktator.** Nun, Herr Braun, der im Laufe seiner Ministerpräsidententätigkeit wiederholt den Beweis geliefert hat, daß er im Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterschaft vor keiner Brutalität zurückschreckt, hat gestern in seiner provokatorischen Rede gezeigt, daß er nach mussolinischen Lorbeeren geizt. Wie Mussolini will auch Braun die revolutionäre Arbeiterschaft mit Gummiknüppeln, Karabinern, Maschinengewehren und Drohung mit dem Zuchthaus von der Straße vertreiben.

Die Berliner revolutionäre Arbeiterschaft, die mit einem Jagow fertig geworden ist, die 1924 trotz Belagerungszustand am 1. Mai demonstriert hat, wird auch am 1. Mai dieses Jahres ihre roten Banner auf die Straße tragen und unter den revolutionären Parolen der Kommunistischen Partei demonstrieren.

Die gesamte deutsche Arbeiterschaft, die in diesen Tagen nach Berlin blickt, wird sich durch die Drohungen eines Braun-Mussolini nicht schrecken lassen, wie sich die Proletarier in den Ländern des weißen Terrors nicht schrecken lassen werden. Mussolini verbietet den 1. Mai, aber die italienischen Arbeiter werden demonstrieren. Der Henker Zar Boris verbietet den 1. Mai, und dennoch werden die bulgarischen Arbeiter auf die Straße gehen. Mit Pilsudski-Polen rüstet sich die verbrecherische Polizei, die Sozialfaschisten, zum blutigen Ueberfall auf die Arbeiter.

Und dennoch werden die revolutionären Arbeiter in Massen demonstrieren. Die Berliner Arbeiter werden sich nicht beschämen lassen von dem Beispiel ihrer Klassenbrüder. **Sie wissen, daß das Proletariat der gesamten Welt am 1. Mai auf sie blickt.** Zörgiebel und Braun verbieten den 1. Mai nicht aus Angst vor Ausschreitungen. Wendemuth hat in dem „Bergwacht"-Artikel, den wir gestern zitierten, es offen ausgesprochen, daß aus Prestigegründen das Proletariat am 1. Mai in Berlin von der Straße verschwinden soll. Braun hat unterstrichen, daß es „um die Wahrung der Autorität" geht. Braun verbietet den 1. Mai und droht mit Maschinengewehren und Zuchthaus, weil die ungestörte Demonstration am 1. Mai zeigen würde, daß die überwiegende Mehrheit des klassenbewußten Berliner Proletariats hinter der Kommunistischen Partei steht. **Die Demonstration soll im Blute erstickt werden, weil sie die Stärke und den wachsenden Einfluß der KPD. zeigen würde. Darum hält Braun das Verbot aufrecht.** Darum schreit die SPD.-Presse vom „Vorwärts" bis zum kleinen Kläffer, dem „Proletarier aus dem Eulengebirge": KPD. braucht Leichen!. So wollen sie die Blutschuld von ihren Führern abwälzen.

Ein vergebliches Beginnen! Die SPD.-Führer, an deren Händen, wie der Liebknecht-Prozeß zeigt, das Blut von Rosa und Karl, das Blut von 15 000 gemordeten Kämpfern der proletarischen Revolution klebt, wollen Leichen am 1. Mai 1929. Sie wollen Zuchthausurteile gegenüber revolutionären Arbeitern. Sie sind gerichtet. Das Proletariat wird ihnen am 1. Mai antworten.

Auf die Straße am 1. Mai!

Arbeiter, Klassengenossen!

Vor 40 Jahren demonstrierte das klassenbewußte Proletariat in der ganzen Welt gegen die Ausbeutung und Unterdrückung, gegen den drohenden Krieg; für Völkerversöhnung, Arbeiterschutz und Acht-Stundentag.

Was ist heute?

Die Ausbeutung ist maßlos gesteigert, das Elend ist größer geworden; die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierungen der Bourgeoisie haben sich verstärkt. Die Kriegsgefahr wächst von Tag zu Tag. Die Sozialdemokratie hat sich aufs engste mit der Kapitalistenklasse koaliert, sie ist zum Büttel der Bourgeoisie geworden. Die KPD. ist die Partei der Revolution, des ständigen und rücksichtslosen Kampfes gegen alle Feinde der Arbeiterklasse.

Der 1. Mai ist ein Kampftag des revolutionären Proletariats!

Die diesjährigen Mai-Demonstrationen müssen zu wuchtigen Massenkundgebungen werden!

Heraus! Formiert euch in allen Städten Schlesiens!

Demonstriert am 1. Mai unter roten Fahnen und revolutionären Losungen!

Bezirksleitung Schlesien der KPD.
Bezirksleitung Schlesien des KJVD.
Gauführungen RFB., RJ., RFMB.
Landesausschuß Schlesien der IAH.
Landesausschuß Schlesien d. Erwerbslosen

Löbes Bekenntnis zur imperialistischen Aufrüstung

Am Sonntag sprach, wie wir gestern kurz meldeten, in einer Reichsbanner-Kundgebung Löbe über die „politischen Probleme" und rechtfertigte die heutige Koalitionspolitik der Ministersozialisten. Sein Hauptargument war eine seiner üblichen Milchmädchenrechnungen, in der er nachzuweisen versuchte, daß das Wesentliche bei der Politik die Zusammenrechnung der Abgeordnetenzahlen der einzelnen „staatserhaltenden" Fraktionen sei. Am bemerkenswertesten für den „linken" Löbe sind seine Aeußerungen zur Wehrmacht. Er wandte sich in scharfer Weise gegen eine „gewisse Art von Linkspolitikern", die von Deutschland vollkommene Wehrlosigkeit fordern und die ständige Stärkung der Roten Armee in Rußland ganz in der Ordnung finden. Löbe bekannte sich also offen für die militärischen Rüstungen der deutschen Bourgeoisie, für das Wehrprogramm des sozialdemokratischen Hauptvorstandes. Ganz im nationalistischen Sinne äußerte er sich über die Tributzahlungen an die Entente, ohne auf die riesigen Massenbelastungen der werktätigen Bevölkerung und die verschärfte Ausbeutung hinzuweisen, als Folge des Reparationsschachers.

Roter Betriebsratssieg in den Oppelner Zementwerken

Oppeln, 23. April.

In der Zementbude Schottländer, wo der faschistische Werksverein eine besondere Aktivität zu entfalten trachtet, liegt nun das Ergebnis der diesjährigen Betriebsratswahl vor. Obwohl die Werkleitung mit allen Schikanen vorging und selbst Entlassungen androhte, haben sich von 285 stimmberechtigten Kollegen 218 an der Wahl beteiligt. Davon stimmten 145 für die freigewerkschaftliche Liste, auf der nur oppositionelle Kollegen gewählt wurden. Der Werksverein erhielt nur 71 Stimmen. Zwei Stimmen waren ungültig.

Der Reichstag tagt wieder

Kommunistische Vorstöße für Aufhebung des Demonstrationsverbots, für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Reichsarbeitern

(Eig. Ber.) Berlin, 22. April.

Um 3 Uhr eröffnet Präsident Löbe die Sitzung des Reichstages und verliest unter „Eingängen" die Mitteilung von der Umbildung des Reichskabinetts. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt das Wort Genosse Stoecker, der im Hinblick auf den Wechsel im Reichskabinett die Abgabe einer Regierungserklärung und eine politische Aussprache fordert. Durch den Regierungswechsel habe sich die arbeiterfeindliche Politik der Regierung noch deutlicher herausgestellt. Das durch die Umbildung geschaffene Statskompromiß bedeute

eine Belastung von 570 Millionen für die Massen.

Gestrichen wurden weitere Ausgaben für die Sozialpolitik, dagegen den Besitzenden erneut Steuern geschenkt. Man habe auch gleichzeitig Vereinbarungen getroffen, wonach die Regierungsparteien Anträge nur einbringen dürfen, wenn diese ausdrücklich von der Regierung genehmigt seien. Gleichzeitig mit der Aussprache hierüber fordert Genosse Stoecker die Beratung des kommunistischen Antrages über

die sofortige Aufhebung aller Demonstrationsverbote

(Berlin, Bayern, Hamburg) und in einem weiteren Antrag die sofortige Wiederaufnahme der Lohnverhandlungen mit den Reichsarbeitern.

Präsident Löbe fragt zuerst, ob jemand der Abgabe einer Regierungserklärung widerspreche. Betretenes Schweigen. Löbe wiederholt noch einmal seine Frage und wartet ängstlich auf den Widerspruch, der nicht kommen wollte. Da erhebt sich endlich der Prälat Leicht, der anscheinend von den Koalitionsparteien dazu ausersehen ist, „Widerspruch" zu erheben und ruft: „Ich widerspreche." Die Sozialdemokraten atmen erleichtert auf, denn Prälat Leicht widerspricht auch der Beratung der übrigen kommunistischen Anträge.

Danach konnte in die Tagesordnung eingetreten werden, auf der nur nebensächliche Dinge standen. Nur zum Punkt „Ueber die Festsetzung internationaler Mindestlöhne" spricht für die kommunistische Fraktion

Genosse Ende.

Das Uebereinkommen sei so bedeutungslos, wie die bisherigen Abkommen des Genfer Arbeitsamtes. Die Ausbeuter kümmern sich einen Dreck um derlei Abkommen. Die kommunistische Fraktion macht solchen Abkommenschwindel nicht mit, sondern sagt den Arbeitern, daß sie selbst für bessere Existenzbedingungen kämpfen müssen.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die Dienstagsitzung des Reichstages unternimmt Genosse Torgler einen erneuten Vorstoß für die Reichsarbeiter. Er fordert, daß der kommunistische Antrag in der Dienstagsitzung als erster Punkt behandelt werde. Dies wurde jedoch in der Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen abgelehnt, obgleich der sozialdemokratische Abgeordnete Bender in dem Organ der Deutschen Postgewerkschaft geschrieben hatte, daß er sich und seine Fraktion bei Wiederzusammentritt des Reichstages für eine sofortige Beratung über die Reichsarbeiterlöhne einsetzen werde.

Die Kommunisten forderten dann noch, auf die morgige Tagesordnung ihren Antrag auf Aufhebung der Demonstrationsverbote zu setzen. Auch das wurde von allen übrigen Parteien abgelehnt.

Bereits um ¾4 Uhr war die Sitzung zu Ende.

Breslauer Mühlen- und Brauereiarbeiter im Streik

Die Breslauer Mühlenarbeiter stehen ab Montag früh im Streik. Sie fordern Arbeitszeitverkürzung und Aufbesserung der Hungerlöhne.

Am gestrigen Tage sind die Breslauer Brauereiarbeiter in den Streik getreten. Bei der Tarifkündigung am 1. April forderten die Arbeiter 6 Mark Zulage pro Woche. Die Unternehmer sträubten sich, obwohl gerade in den Brauereien ungeheure Gewinne erzielt werden. Es kam zu einem Schiedsspruch, der den Kollegen 2,25 Mark bot. Daraufhin fand eine Urabstimmung statt, die eine überwiegende Mehrheit für Ablehnung des Spruches und Streik brachte. Die Stimmung der Brauereiarbeiter ist kampfentschlossen. Als in der gestern im „Bergkeller" stattgefundenen Versammlung der Bürokrat Neugebauer bremsen wollte, wurde er am Sprechen gehindert und mußte von der Bühne verschwinden.

Wie verlautet, beabsichtigt der sozialdemokratische Schlichter Philipp, „von Amts wegen" einen Spruch zu fällen. Brauereiarbeiter, der Kampf muß fortgesetzt werden ohne Rücksicht auf die Maßnahmen des Schlichters, eventuell auch gegen einen verbindlichen Spruch, bis zur restlosen Erfüllung der aufgestellten Forderung. Wählt euch sofort eine Streikleitung aus den kampfentschlossensten Kollegen!

Rot Front marschiert!

Im März und April wurden im Gau Erzgebirge-Vogtland 288 Kameraden für die rote Klassenfront gewonnen. In fünf Orten wurden Jungfrontabteilungen gegründet. Täglich gehen im Gaubüro Neuanmeldungen ein. Der Gau hat bereits die Teilnehmerzahl für zwei Sonderzüge nach Hamburg erreicht und organisiert jetzt den dritten.

Wilhelm will nach Deutschland

(Eig. Ber.) Berlin, 23. April.

Die „Welt am Abend" berichtet aus Amsterdam, daß Wilhelm, der Größenwahnsinnige, die Beerdigung des verstorbenen Prinzen Heinrich zu einem Besuch in Deutschland mit einer großen Kaiserparade machen will. Seit Sonnabend nachmittag spiele fast ohne Unterbrechung der Draht zwischen Doorn und Berlin. Es seien zahlreiche Telegramme an politische Persönlichkeiten gerichtet, die dem Exkaiser nahestehen, um seine Teilnahme an der Beerdigung zu erreichen. Insbesondere sei auf den Sohn und Adjutanten des Reichspräsidenten, den Major von Hindenburg eingewirkt worden, um zu erreichen, daß sich der Reichspräsident bei der Reichsregierung für die Genehmigung der Einreiseerlaubnis einsetze. Auch Stresemann sei in diesem Sinne informiert worden, der sich bekanntlich 1923 für die Rückkehr des Exkronprinzen nach Deutschland entscheidend eingesetzt hat.

Jetzt wird bekannt, daß das republikanische Reichswehrministerium eine Abteilung Marinesoldaten zur Teilnahme an den Feierlichkeiten bereitstellen wird, und heute soll in Berlin entschieden werden, ob das Reichswehrministerium noch besondere Vertreter zu der Bestattung entsenden wird. Die bisherigen Vorbereitungen deuten bereits an, daß die Beisetzung des ehemaligen Prinzen zu einer großen nationalistischen Demonstration benutzt wird.

Hitler-Ueberfall in Pirmasens

Nachdem bereits vor einigen Tagen die Nazis Arbeiter in Pirmasens überfallen hatten, unternahmen sie am Donnerstagabend einen neuen Angriff. 48 uniformierte Nazis überfielen Arbeitersportler und richteten einen Arbeiter so zu, daß er blutüberströmt zusammenbrach. Die Rowdies können sich deshalb so betätigen, weil die Polizei wie überall so auch hier auf seiten der Faschisten steht.

Achtung, Rote Hilfe-Mitglieder im Bezirk Schlesien!

Das Büro der Roten Hilfe ist nicht mehr Breslau, Am Rathaus 7, sondern Freiheitsgasse 2, II. Die Adresse ist: Gustav Schiefelbein, Breslau, Freiheitsgasse 2, II. Abrechnungen der Ortsgruppen werden getätigt an Oswald Scholz, Breslau, Augustastraße 123. Von ihm ist nach Abrechnung auch Markenmaterial zu erhalten. Kassenstunden im Büro Freiheitsgasse 2, Montag, Mittwoch und Sonnabend, in der Zeit von 16—18 Uhr.

Kleine politische Nachrichten

In der Nähe des Bahnhofes Tschenlu der Eisenbahnstrecke Kalgan—Peking stürzte bei der Fahrt über eine Brücke ein Militärflugzeug in den Hunlo. 40 Soldaten fanden dabei den Tod.

Die Hungersnot in der Provinz Kansu im Nordwesten Chinas hat nach den letzten in Peking eingegangenen Meldungen furchtbare Ausmaße angenommen. 80 vom Hundert der Bevölkerung sind ohne Nahrung und Frühjahrsaussaat. Die Kinder werden, wie „TU." meldet, in vielen Fällen von Hungernden geschlachtet und gegessen.

Die nationalistischen Organisationen in Polnisch-Oberschlesien treffen umfangreiche Vorbereitungen für den Nationalfeiertag am 3. Mai, den sie zu einem Tage des Terrors gegen die Minderheiten und auch gegen die Arbeiterschaft gestalten wollen.

Orkan an der japanischen Küste

3000 Häuser zerstört!

TU. Tokio, 22. April. Ein außergewöhnlich starker Orkan hat die Schiffsverbindung zwischen Japan und Amerika unterbunden. In Niigator wurden etwa 3000 Häuser teilweise völlig zerstört. 8 Personen wurden getötet und 26 schwer verletzt. Auch im Hafen von Sasaka richtete der Orkan schweren Schaden an. An der Koreanischen Küste gerieten zwei Flugzeuge in den Sturm, stießen zusammen und versanken im Meer. Ein japanisches Torpedoboot, das dem Orkan entgehen wollte, stieß mit einem Motorboot zusammen, das mit den Insassen unterging. Man rechnet mit schweren Verlusten, da zur Zeit des Sturmes zahlreiche Fischerboote und Schiffe unterwegs waren. Die gesamte Kriegsflotte ist alarmiert worden.

Griechische Senatswahlen. TU. London, 23. April. Die Wahlen zum griechischen Senat haben nach Meldungen aus Athen mit einer großen Mehrheit für Venizelos geendet.

Sir Charles Addis Nachfolger Lord Revelstokes. TU. Berlin, 23. April. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Paris wurde Sir Charles Addis, der bis jetzt stellvertretender Sachverständiger Englands für die Reparationskonferenz war, an Stelle des verstorbenen Lord Revelstoke zum zweiten ordentlichen Sachverständigen ernannt.

Zusammenstoß von zwei Flugzeugen bei San Diego. TU. Neuyork, 22. April. Bei San Diego in Kalifornien stürzte wahrscheinlich infolge von Luftstörungen aus 2000 Fuß Höhe ein Armeeflugzeug auf ein Passagierflugzeug, so daß beide Flugzeuge in die Tiefe gerissen wurden. Sämtliche sechs Passagiere wurden dabei getötet. Der Militärpilot versuchte mit dem Fallschirm abzuspringen, aber der Fallschirm verfing sich am Flügel des Flugzeugs.

Drei Tote, 20 Schwerverletzte bei einem Kraftwagenunglück. TU. Paris. In der Nähe der portugiesischen Stadt Santarem stürzte ein mit 25 Personen besetzter Kraftwagen von einer 30 Meter hohen Brücke ab. Drei Personen wurden getötet, zwanzig schwer verletzt.

Drei Tote bei einem Flugzeugabsturz. TU. London. Nach Meldung aus San Diego sind ein Marineoffizier und zwei Monteure am Freitag bei einem Flugzeugabsturz über dem Flugplatz von San Diego getötet worden.

Neue Erdstöße in Italien. TU. Mailand. Am Freitagabend um 22 Uhr wurden in Bologna, Genua, Verona und Piacenza wieder ein starker wellenförmiger Erdstoß verspürt, der einige Sekunden dauerte. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

Mit dem Kraftwagen ins Wasser gestürzt. TU. Amsterdam, 22. April. Ein mit einem jungen Ehepaar besetzter Kraftwagen stürzte in Rotterdam von der hohen Kaimauer in das Wasser. Einige Boote begaben sich sofort an die Unglücksstelle. Man schlug die Fenster des Kraftwagens ein, konnte aber die beiden Insassen nicht mehr retten.

BRENNENDE RUHR

Von K. GRÜNBERG

52 **Roman aus dem Kapp-Putsch**

Copyright 1929 by Greifenverlag, Rudolstadt 1. Th.

Eine riesige, von Betonmauern gestützte Schlackenhalde sprang wie ein Sperrfort rechteckig in die Straße hinein.

„Da oben sind welche," rief ein Unteroffizier, dessen scharfe Augen den unheimlichen Berg ängstlich abtasteten.

„Die Kerls haben ja keine Waffen," beruhigte der Offizier, der, sich im Sattel aufrichtend, durch das Fernrohr ein halbes Dutzend faustballender Arbeiter erblickt hatte. Aber plötzlich begann es dort oben zu rutschen und zu prasseln, und Steine und Schlackenbrocken bis zur Größe eines Quadratmeters brachen hernieder.

„Auseinander! Marsch — Marsch!" brüllte der Hauptmann, da schmetterte schon ein scharfzackiger Schlackenbrocken seinem Pferde in die Vorderfüße, daß sich Roß und Reiter überschlugen. Rettung vor den Lawinen gab es nur warum! Als sie aber die Straße durch einen quergestellten Wagen verriegelt fanden, warfen auch sie die Gewehre hin und ergaben sich den Arbeitern.

*

Sukrow war im Weiterlaufen auf die rückwärtige Mauer der Berg- und Hüttengesellschaft „Deutsche Erde" gestoßen, an der entlang er bis zur Ratinger Straße kommen mußte. Immer heftiger wurde das Geschieße, aber die Mauer wollte und wollte kein Ende nehmen. Kurz vor der Ratinger Straße lag eine alte Abraumhalde, nach den Straßen hin mit einer schräggestellten Betonmauer abgesteift. Unten standen an zwanzig Arbeiter, von denen einer ein Infanteriegewehr mit abgesplittertem Kolben, ein anderer einen Pferdeeimer aus Segeltuch mit Stielhandgranaten trug. Gierig streckten sich die Hände danach aus. Sukrow zählte bis letzte.

„Oben haben sie zwei Maschinengewehre eingebaut, damit können sie die ganze Ratinger und Lichtstraße beherrschen, wir müssen sie runterholen," sagte jemand.

Sukrow hatte gewohnheitsgemäß den Handgranatenstiel herausgeschraubt und glaubte seinen Augen nicht zu trauen.

„Wißt ihr denn überhaupt mit den Dingern Bescheid?"

Ein junger Bursche machte die Bewegung des Handgranatenwerfens: „Einundzwanzig — zweiundzwanzig — dreiundzwanzig! —"

„Ja, ihr Schafsköppe, aber die Sprengkapseln fehlen, so gehen sie nicht los," rief ein kleiner Kerl in verschmutzter Marineuniform.

Sukrows Blick fiel auf einen Jungen, der eine Holzschachtel in der Hand hielt, und erkannte sofort die gefährlichen Dinger. Schnell waren die Wurfgranaten geschärft.

Oben begannen die unsichtbaren Maschinengewehre zu hämmern.

Der kleine Matrose maß prüfend die Höhe der Wand. „Ach was, die acht Meter kommen wir schon hinauf," rief er, steckte die Granate in die Tasche und begann, ohne sich umzusehen, geschickt die schräglaufenden Regenrinnen auf allen Vieren emporzuklimmen. Die anderen folgten. Einige rutschten zwar zurück, aber die meisten kamen doch bis zur Mauerkrone.

Die Schützen an dem M. G., die sich durch den hinter ihnen klaffenden Abgrund gesichert glaubten, bekamen keinen schlechten Schreck, als hinter ihnen eine Detonation ertönte. Alle hoben die Hände hoch bis auf einen Unteroffizier, der die Pistolentasche aufriß. Aber ehe er zum Schuß kam, schlug ihm eine Stielhandgranate über das Gesicht, daß das Blut spritzte.

Sukrows geübter Blick erkannte sofort die strategische Wichtigkeit dieses Postens.

„Alles hört auf mein Kommando!"

Die Arbeiter sahen ihn erstaunt an — und gehorchten.

„Die Gefangenen legen sich drüben am Mauerrand platt auf die Erde, zwei Mann als Bewachung dazu. Sowie sich einer rührt, Handgranaten dazwischen! — Wer ist am M. G. ausgebildet?"

Der Matrose und zwei Mann meldeten sich. Sukrow richtete das eine Gewehr eigenhändig auf die etwa dreihundert Meter entfernte Straßenkreuzung, die gerade von dichten Infanteriekolonnen passiert wurde. Schon nach der ersten Geschoßgarbe, die etwas zu hoch ging, stockte der Durchmarsch. Während ein Teil der Soldaten die kugelspritzende Halde unter Feuer zu nehmen versuchte, machten die anderen gegen die nachdrängenden Arbeiter einen wütenden Gegenangriff, wobei sie eine ganze Anzahl gefangennahmen. Nicht genug damit, trieben sie aus den Kellern der Häuser alle Männer und selbst Frauen heraus. Und nun geschah das Unglaubliche, wie es nur die Erbitterung des Bürgerkrieges erklärlich macht. Man jagte die Arbeiter in das Schußfeld der gegnerischen Maschinengewehre, damit der Durchmarsch weiterhin ungehindert vonstatten gehen konnte.

„Verdammt," schrie der Matrose, „jetzt stellen wir unsere Gefangenen auch vor die Gewehre."

„Das nutzt uns einen Dreck, wenn wir uns dann gegenseitig nur angaffen. Die ganze Gruppe rückwärts hinter die Halde" kommandierte Sukrow.

„Solche Schufte!" keuchten die Arbeiter, die nicht übel Lust hatten, ihre Erbitterung die Gefangenen entgelten zu lassen.

„Acht Mann mit einem M. G. halten den Posten besetzt, damit sich die Noskes nicht wieder einnisten. Wir anderen müssen sehen, ihnen wieder in die Flanke zu kommen," sagte der Führer. Durch die verödeten Werksanlagen hindurch gelangten sie beim Portal 3 wieder auf eine Seitenstraße, wo sich ihnen neue Arbeitergruppen anschlossen. — — —

Gegen drei Uhr zog sich der Kampf nach Norden hinaus. Hinter den geschlagenen Truppen aber stießen die einmal in Wallung geratenen Arbeiter scharf her. Die Ratinger Straße dröhnte von den verfolgenden Lastkraftwagen; schußfertig drohende Maschinengewehre auf den Führerhäuschen. Auf Trittbrettern und Kühlern, ja selbst auf den Kupplungen der Anhänger standen und hockten in lebensgefährlichen Stellungen, den Hut weit im Genick, die Knarre schußgerecht in der Faust, die schwarzen, verwegenen Gestalten der Hamborner und Ruhrorter Kumpels. Ein Kommandoruf — und wie die Katzen sprangen sie ausschwärmend herunter. — Unter großem Jubel folgte ein Panzerauto mit roter Flagge am Turm.

Auch Sukrows Abteilung hatte ein Lastauto requiriert. Die Arbeiter brannten darauf, sich der Verfolgung anzuschließen, aber der umsichtige Führer ließ vorerst auf einem benachbarten Hof Benzin zapfen. In der Nähe des Bahnüberganges musterte er inzwischen seine auf ungefähr 50 Mann angewachsene Schar, die sich willig seinem Kommando untergeordnet hatte. Bei Ausgleichung der Bewaffnung, Gruppeneinteilung usw. unterstützte ihn wiederum Kleinjohann, der Matrose, ein ehemaliger Angehöriger der Berliner Volksmarinedivision. Aus den umliegenden Häusern aber eilten die Frauen herbei, um die tapferen Streiter mit Kaffee und Brot zu laben. Ein Kaufmann verteilte Zigarren.

Plötzlich rief eine bekannte Stimme Sukrow beim Namen. Max Grothe, das Gewehr über den Rücken, zwei halbgeleerte Patronengurte um den Hals und eine blutige Binde um die Stirn, begrüßte ihn stürmisch.

„Bist du verwundet?" fragte Sukrow besorgt.

„Nicht der Rede wert, mein Junge, ein Steinsplitter streifte mich, als bei der katholischen Schule eine Mine einschlug, — aber wo hast du nur gesteckt, wir suchten dich schon überall."

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Betrieb und Werkstatt" und „Waldenburg" Wilhelm Wiewald, für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Georg Paris in Hindenburg. — Für Inserate R. Gerber-Breslau.

Zum 10. Jahrestag der Münchener Kommune!

Von Karl Meyer, Breslau,

Zu den besten Traditionen des revolutionären deutschen Proletariats gehört an erster Stelle die Münchener Kommune, der erste Arbeiterstaat auf deutschem Boden. Ihre Geschichte muß zum Gemeingut des revolutionären Proletariats werden.

Gerade in der heutigen Situation, die, geschwängert von revolutionären Spannungen, bereits den Ausblick auf gewaltige Klassenkämpfe gibt, ist die Erinnerung an die Münchener Kommune von ganz besonderer Bedeutung.

Aus der Geschichte der Münchener Räterepublik kann das Proletariat nicht nur ein großes Maß von Lehren für den revolutionären Kampf, insonderheit für die Notwendigkeit der Existenz einer bolschewistischen Partei, ziehen, sondern auch eine gewaltige Kraft des revolutionären Kampfgeistes schöpfen.

In der Nacht vom 6. auf den 7. April braute eine Handvoll sozialdemokratischer Demagogen, unabhängiger Spießer und anarchistischer Revolutionsromantiker am grünen Tisch des Kriegsministeriums eine „Räterepublik" zusammen.

Die kleine Kommunistische Partei in München führte schon während der Geburtswehen dieses Bastards energisch den Kampf unter Führung Eugen Levinés gegen diese Fehlgeburt. Eine Räterepublik ohne Räte, geißelte Eugen Levine mit beißendem Spott und revolutionärer Klarheit diesen Schachzug der Konterrevolution, dem Unabhängige und Anarchisten zum Opfer gefallen waren. Es war klar, die SPD.-Minister (Schneppenhorst und Segitz) drängten nur deshalb auf die Ausrufung der Räterepublik, um das revolutionäre Vorwärtsdringen des bayerischen, insbesondere des Münchener, Proletariats dadurch um so leichter abwürgen zu können.

Im Wittelsbacher Palais saß der hochwohlweise „revolutionäre Zentralrat" unter dem Vorsitz des sich inzwischen zum offenen Sozialfaschisten entwickelten Schullehrers Niklisch und berauschte sich an Telegrammen und ähnlichen Sympathie-Erklärungen, die an diesen revolutionären Zentralrat gingen. In hilflosen Reden erschöpfte sich die ganze Arbeit dieses Gremiums. Von vornherein zu jeder wirklich revolutionären Tat unfähig, schwärmten sie von einer langsamen Umgestaltung der Gesellschaft zum Sozialismus, dieweil auf den Straßen Münchens die alte königliche, reaktionäre Polizei, lediglich mit einer roten Armbinde versehen, ihre Arbeit im Sinne der Vorbereitung des Abwürgens der tatsächlichen Arbeitermacht vollzog. Die konterrevolutionären Führer einzelner Teile der Münchener Garnison, insbesondere der Bahnhofskommandant Aschenbrenner, arbeiteten bewußt auf die Abwürgung der revolutionären Bewegung des Proletariats hin.

Unter Führung Eugen Levinés, eines der größten, besten Soldaten der proletarischen Revolution, arbeitete die Münchener Kommunistische Partei mit allen Kräften an der Mobilisierung der Arbeiterschaft, der Schaffung revolutionärer Arbeiterräte, auf denen allein eine Räterepublik basieren konnte. Die hilflosen Zentralrätler bemühten sich krampfhaft, die Kommunisten zu bewegen, an ihrer „Regiererei" sich zu beteiligen. Sie sahen wohl instinktiv, daß die einzige Kraft, die der Revolution die Stirne zu bieten vermochte, der unter Führung der Kommunistischen Partei stehende Teil des Münchener Proletariats war.

Eugen Levine lehnte ab, sich an dieser Scheinräterepublik zu beteiligen, und führte nun um so zäher seinen Kampf gegen dieses Gebilde. Auf Beschluß der revolutionären Arbeiterräte gingen dann die Kommunisten in der Nacht des 11. April mit einer zehngliedrigen Kommission in den Zentralrat, nicht, um dort dem „Ausschuß der Hilflosen" zu helfen, sondern um so besser diesen Scheinrevolutionären den Schleier herabzureißen und sie in ihrer ganzen kleinbürgerlichn Erbärmlichkeit den Augen des Proletariats zu zeigen.

Sechs Tage schon waren die südbayrischen, die Münchener Arbeiter von dieser Scheinrepublik beglückt. Nichts, gar nichts ist dieser Tage geschehen für das Proletariat, es zu organisieren zum Kampfe gegen die immer deutlicher sich vom Horizont abhebende Konterrevolution. Die Bourgeoisie wurde nicht entwaffnet.

So war der Konterrevolution Tür und Tor geöffnet.

In der Nacht vom 12. zum 13. April holte die Konterrevolution mit Hilfe der republikanischen Schutzwehr (an den entscheidenden Stellen von Rechtssozialisten geführt) zum Schlage aus. Einige Mitglieder des revolutionären Zentralrats, die den revolutionären Teil dieses Gebildes darstellten, so unter anderem Erich Mühsam, wurden verhaftet und verschleppt. Die Arbeiterschaft sollte der wenigen Machtpositionen, die sie besaß, beraubt werden.

Jetzt zeigte sich die ganze Hohlheit und Hilflosigkeit des revolutionären Zentralrats.

Unfähig, als Regierende ihre Macht zu festigen, mußten sie völlig versagen, als es galt, sie zu verteidigen. Die Kommunistische Partei unter Führung des unvergeßlichen Eugen Levine rief nun die Münchener Arbeiterschaft zum Kampfe gegen die Konterrevolution auf. **In wenigen Stunden versammelten sich auf der Theresienwiese Zehntausende von Münchener Arbeitern, die mit revolutionärer Begeisterung den Worten der kommunistischen Führer lauschten.** Ungeheurer Kampfwille beherrschte die Massen, aus der Mitte ertönte der Ruf „Zum Bahnhof!", und sofort formierte sich ein Demonstrationszug, der zum Bahnhof, dem Neste der Konterrevolutionäre (Aschenbrenner war sein Kommandant), sich bewegte. In stundenlangem Ansturm, bei dem die konterrevolutionäre Truppe sich verzweifelt verteidigte,

erstürmte das Münchener Proletariat

den Bahnhof, schlug somit die Konterrevolution nieder.

Die Geburtsstunde der Münchener Kommune hatte geschlagen!

Rudi Egelhofer, der tapfere Führer des Sturms auf den Bahnhof, übernahm die Stadtkommandantur und schuf noch in dieser Nacht die ersten Kaders der bayrischen roten Armee. Unter Eugen Levinés Führung wurde ein Aktionsausschuß geschaffen, der sich sofort mit einer Reihe wichtiger revolutionärer Maßnahmen beschäftigte. Die Rote Armee wurde organisiert, die Entwaffnung der Bourgeoisie durchgeführt, eine Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution geschaffen, Maßnahmen zur Sozialisierung der Betriebe eingeleitet, die Münchener Kommune erbaut.

Es war von vornherein klar, daß, nachdem die Konterrevolution bereits aus dem ganzen Reiche die Henkersgarden gegen München in Bewegung setzte, es nunmehr einen Kampf auf Tod und Leben gab, bei dem von vornherein feststand, daß die auf München beschränkte Arbeiterherrschaft den Kürzeren ziehen mußte. Dennoch wurde nichts unversucht gelassen, den eisernen Ring, den die Konterrevolution bereits um München geschlossen hatte, zu brechen und Verbindung mit den Arbeitern des Nordens und Westens zu erreichen. Wenn das nicht gelang, so war das wahrlich nicht die Schuld der tapferen Münchener Kommandanten, sondern die Folge der scheinrepublikanischen Politik der Niklisch, Toller, Mühsam und Genossen.

Selbst im Aktionsausschuß, in den man leider diesen Toller hineinnehmen mußte, mußten die Kommunisten den erbittertsten Kampf gegen die kleinbürgerlichen Auffassungen führen. Die Toller und Freunde, die eine Reihe von Kommandostellen der Roten Armee in den Händen hatten, würgten den revolutionären Vorstoß der Roten Armee an den Außenfronten ab (siehe Toller bei Dachau).

Am 26. April wurde den tapfersten und besten Führern der bayrischen Kommune nach langem Intrigenspiel der Kleinbürger im Aktionsausschuß vor dem Forum der Betriebsräte nach maßloser persönlicher Verhetzung (landfremde Elemente waren am Werke usw.) das Vertrauen entzogen. Der Aktionsausschuß war gesprengt. Die Toller und Konsorten zur Kapitulation bereit, die Schlagkraft der Münchener Arbeiter zerbrochen.

Für die Kommunisten, insbesondere deren besten Führer Eugen Levine, stand nun die Frage, die Schmach der Kapitulation abzuwehren, die Ehre des Proletariats zu retten und die Kommune bis zum letzten Blutstropfen gegen die Konterrevolution zu verteidigen. Nur wenige hundert Kommunarden waren es, die der noskitischen Armee von 120 000 Söldnern die Stirne boten.

Der 1. Mai 1919, der Blutmai des Münchener Proletariats, er sah die revolutionäre Arbeiterschaft nicht in Massendemonstrationen, sondern im zähen Verteidigungskampf auf der Straße. Mit unvergleichlicher revolutionärer Tatkraft kämpften die wenigen Hundert den verzweifelten Todeskampf gegen die ungeheure Uebermacht der Konterrevolution unter Führung der Sozialdemokraten.

In den Maitagen 1919 wurde der erste Arbeiterstaat in Deutschland, die Münchener Kommune, im Blute des revolutionären Münchener Proletariats erstickt, zerschlagen.

So viele Schwächen und Mängel auch das revolutionäre Proletariat in der Münchener Kommune aufwies, so große, unvergeßliche Taten hat es in den wenigen Tagen der Münchener Kommune vollbracht. Die über 1000 ermordeten Münchener Kommunarden rufen gerade heute, am 10. Jahrestag, aus ihren Gräbern:

Klassengenossen, laßt die Fahne der Revolution nicht wieder beschmutzen, erhebt sie höher und stolzer denn je!

Wir sind gefallen! Doch unser Geist, der Geist der Revolution, der Geist der Münchener Kommune lebt und wird wirken bis zur Niederschlagung der Bourgeoisie und Errichtung der deutschen Kommune!

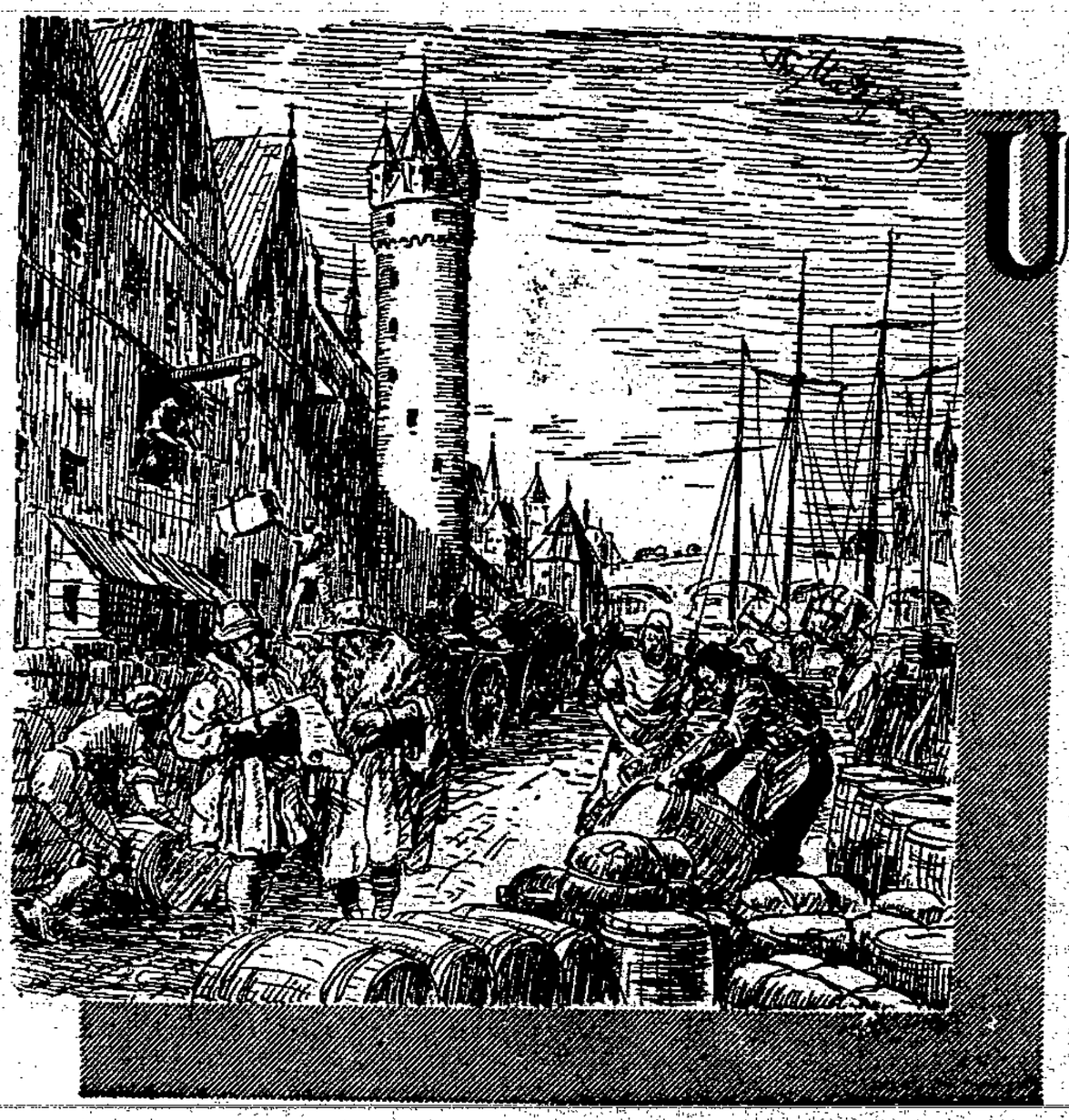
Der Heldenkampf in Hennigsdorf

Zwanzig Kilometer vor Berlin, in dem Arbeiterdorf Hennigsdorf, rauchen die Schornsteine des Stahl- und Walzwerks, die Tore der Fabrik sind weit geöffnet. Sie warten auf die Arbeiter, die wiederkommen sollen, um an den Oefen und auf den Walzenstraßen Profite zu schaffen für die Aktionäre des Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf, hinter dem die AEG. steht.

Nachdem es unter Mithilfe des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes und des deutschen Innenministers Severing den Hüttenindustriellen Rheinland-Westfalens gelungen war, die Aussperrung der 213 000 Hüttenarbeiter zu ihren Gunsten zu beenden, suchen auch die Unternehmer der anderen in Deutschland verstreuten Eisen- und Stahlwerke gleichfalls von diesem Sieg der Unternehmer zu profitieren. Auch den 1700 im Stahl- und Walzwerk beschäftigten Arbeitern trugen die Unternehmer einen zehn- bis dreißigprozentigen Abbau der Akkordpreise an und begründeten ihn mit der angeblichen Verbesserung der Produktionsmethode.

Am 23. Januar traten 308 an den Walzenstraßen beschäftigte Arbeiter in den Abwehrstreik. Die Direktion antwortete einige Tage darauf den Streikenden mit der Aussperrung ihrer anderen 1400 Kollegen. Von der Belegschaft sind nur ungefähr 150 organisiert. Die Arbeiter stammen mit ihren Familien in der Hauptsache aus Oberschlesien und Rheinland-Westfalen. Wenig hat sich der Deutsche Metallarbeiterverband bislang um diese Arbeiter gekümmert. Als der Streik ausbrach, erteilte er die Sanktion zur Durchführung dieser Bewegung. Unterstützung zahlte er aber nur an die Organisierten. Er gab sich auch keinerlei Mühe, die anderen Arbeiter zusammenzufassen, um eine siegreiche Durchführung des Kampfes zu gewährleisten. Die Opposition bildete mit den Arbeitern eine Kampfleitung.

Als die Unternehmer sahen, daß es der Opposition gelingt, die Einheitlichkeit der Kampffront herzustellen, ließen sie den Stahlhelm auf der Bühne erscheinen, der gleichfalls eine Unterstützung der Streikenden mit Mittagessen organisierte. Der Zweck dieser Maßnahme ist klar. Die Kampffront sollte gesprengt werden. Das Manöver mißlang. In der Gemeinde stellten die Kommunisten den Antrag auf Unterstützung aus Gemeindemitteln. Sie forderten Nahrungsmittel und Kohle für die Kämpfenden. Die Sozialdemokraten sabotierten den kommunistischen Antrag. Unter dem Druck der Arbeiter sah sich aber die Gemeindeverwaltung gezwungen, einige Wünsche auf Unterstützung zu erfüllen. Da trat der sozialdemokratische Landrat Siering auf den Plan. Der Mann, der bis zum Jahre 1919 Bevollmächtigter des DMV. Berlin war und später sozialdemokratischer Handelsminister. Er verbot die Auszahlung von Unterstützung. Darüber waren die Aktionäre des Walzwerkes hocherfreut. Tiefe Erbitterung zog aber in die Kreise der Kämpfenden ein. Die Verbandsleitung der Metallarbeiter in Berlin kümmerte sich nicht um diese Maßnahme ihres ehemaligen Bevollmächtigten. Im Gegenteil, sie unterstützte diese. Erneut versuchte sie, die Organisierten von den Unorganisierten zu trennen. Aus der Kampfleitung schloß sie vier Mitglieder aus, weil diese sich weigerten, durch eine öffentlich abzugebende Erklärung einen Artikel der „Roten Fahne" zu desavouieren. Mit den Organisierten bildeten die DMV.-Funktionäre



Unser die Heimat!

Wie im Altertum, so ist Oberschlesien auch im Mittelalter und im 17. und 18. Jahrhundert ein Mittelpunkt außerordentlich regen Handels- und Durchgangsverkehrs. Auf schwerbeladenen Wagen rollen aus Triest und Wien Spezereien und Gewürze für Gleiwitzer Handelshäuser herbei. Handelsstraßen, die den Westen mit dem Osten und den Süden mit dem Norden, mächtige Hansastädte mit wichtigen Wirtschaftszentren des Auslandes verbinden, führen über Oberschlesien. Eine beachtliche Reihe von Orten Oberschlesiens verdankt diesem Handelsverkehr ihr Entstehen und ihr Emporblühen, wie beispielsweise Gleiwitz, Ujest, Tost, Peiskretscham und namentlich Rosenberg, wo die Handelsstraße von Wien nach Bromberg und Danzig ins Kujawische vorbeiführt.

Im Herzen Schlesiens schaffen Tatkraft und Fleiß

RARITÄT 4 Pf

die Cigarette des Schlesiers!

o. Mdst. m. Gold m. Kork

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H.

darauf hinter dem Rücken der Arbeiter eine neue Kampfleitung und eine Verhandlungskommission, mit der sie versuchte, eine Verhandlung zum Abschluß der Bewegung mit der Direktion des Walzwerks durchzuführen. Als in dieser Verhandlung ein Mitglied der von der Belegschaft gewählten Kampfleitung erschien, erklärte der Metallarbeiterbeamte Lehmann, daß er die Verhandlung verlassen werde, wenn Unorganisierte dann teilnehmen. Der Unorganisierte war eben einer der vier Kollegen, die man soeben aus dem Verband ausgeschlossen hatte. Auch darüber herrschte wieder Freude bei der Werksdirektion. Die Arbeiter lehnten aber ab, auf eine solche Weise den Kampf beenden zu lassen. Da erschien der zweite Bevollmächtigte Paul Eckert und führte wieder Verhandlungen. Das Resultat dieser Verhandlungen ist ein einziger Skandal. Der Punkt 2 lautet:

„Die Firma wird von der ehemaligen Belegschaft so viele Arbeiter neu einstellen, wie es ihr nach ihrem Ermessen unter Berücksichtigung der betrieblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse möglich ist. Wer bis zum 10. Mai d. J. nicht zur Aufnahme der Arbeit aufgefordert ist, kann zunächst mit seiner Einstellung nicht rechnen."

Dieser Paragraphen, der es dem Unternehmen ermöglicht, alles, was ihm nicht paßt, zu maßregeln, entsprechen auch die anderen Paragraphen der Vereinbarung. Einen solchen Vertrag kann nur ein ausgesprochener gelber Arbeiterverräter abschließen. In der Mitgliederversammlung des DMV. in Hennigsdorf wurde dieser Vertrag mit 63 gegen 6 Stimmen abgelehnt. 21 Mitglieder hatten an der Versammlung nicht teilgenommen. Vor der gesamten Belegschaft wagte Eckert nicht, diesen Vertrag zur Annahme zu vertreten. Als er dazu aufgefordert wurde, trat er die Flucht vor der Arbeiterschaft in einem Wagen des Ueberfallkommandos der Polizei nach Velten an. Nach zwei Tagen erhielten die am Streik und an der Aussperrung beteiligten Verbandsmitglieder eine von Urich und Eckert gezeichnete Mitteilung, daß der Streik beendet sei.

Unerhörte Empörung ergriff die Hennigsdorfer Arbeiter, und unerhörte Empörung muß die Gesamtarbeiterschaft ergreifen, über diese Methode der reformistischen Bürokratie, die Arbeiter an das Unternehmen zu verkaufen. Das geschieht ausgerechnet noch in einer Situation, wo die gesamte Berliner Metallarbeiterschaft in einer Lohnbewegung steht. Am Montag, dem 15. April, gingen 150 Arbeiter der Belegschaft zur Arbeit, die Mehrzahl davon Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes. An ihrer Spitze fast der ganze aus Sozialdemokraten bestehende Betriebsrat.

Die Hennigsdorfer Arbeiter aber haben nicht die Arbeit aufgenommen. Es gelang ihnen, die zur Wiederaufnahme der Arbeit durch die reformistische Bürokratie verführten Arbeiter wieder aus den Betrieben herauszuholen. Die Walzenstraßen liegen still, die Schornsteine in Hennigsdorf werden bald nicht mehr rauchen.

Am 17. April erhielten die Arbeiter von der Direktion des Werkes folgendes Schreiben:

„Nachdem die Gewerkschaften den Streik für beendet erklärt haben, wollen wir einen Versuch machen, den Betrieb wieder zu eröffnen.

Wir fordern Sie deshalb auf, sich am Donnerstag, dem 18. April dieses Jahres, zur ersten Schicht in Ihrem Betrieb zur Arbeit zu melden . . ."

Der Versuch ist gescheitert. Die Hennigsdorfer Arbeiter stehen wie eine Mauer. An dieser Tatsache helfen auch die anderen Maßnahmen nichts, die seit 14 Tagen in Hennigsdorf gegen die Arbeiter angewendet werden. Der Sozialdemokrat Grzesinski hat durch den Amtsvorsteher den Belagerungszustand für Hennigsdorf verhängt. Fünf Lastautos Polizei sind in Hennigsdorf stationiert. Dazu eine Radfahrerabteilung und zehn Landjäger. 200 Polizisten müssen die Ordnung aufrechterhalten gegen die Arbeiter. Rücksichtslos und brutal sollen die Arbeiter niedergeknüppelt werden. Aber die Hennigsdorfer Arbeiter stehen wie eine Mauer, trotz Reformisten, trotz Polizei und trotz aller ihrer Not.

1200 Teller Suppe, das ist die Unterstützung, die die Hennigsdorfer Arbeiter täglich beziehen. 14 Wochen stehen sie im Kampf. Die Arbeiter ganz Deutschlands und insbesondere die Arbeiter Berlins müssen begreifen, daß diese 1700 Helden, die mit ihren Familien aushalten gegen den Angriff der Unternehmer und gegen den Verrat der reformistischen Bürokraten, den Kampf der ganzen deutschen Arbeiterklasse kämpfen gegen den Klassenfeind und seine Helfer. Es muß alles getan werden, daß die Tapferen nicht untergehen! Es ist die Pflicht jedes Berliner Arbeiters, in den Kampffonds für Hennigsdorf zu zahlen. Wenn die Hennigsdorfer Arbeiter unterliegen, dann ist das nicht nur ein Sieg der Unternehmer, dann ist das nicht nur das Ergebnis des reformistischen Verrats, dann ist das eine Schande für das gesamte deutsche Proletariat.

Der Name von Hennigsdorf wird jetzt in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eingegraben, wie 1903 der Name von Crimmitschau. Crimmitschau endete mit einer Niederlage, Hennigsdorf darf keine Niederlage werden. Hennigsdorf muß siegen!

Arbeiter Deutschlands! Es liegt in eurer Hand, ob Niederlage oder Sieg. Wer will durch Gleichgültigkeit teilnehmen an dem verräterischen Werk der Urich und Eckert?

Sammelt in allen Betrieben für Hennigsdorf!

Nehmt euch in allen Betrieben ein Beispiel an Hennigsdorf!

Hennigsdorf ist ein Symbol für den Klassenkampf in der Koalitionsrepublik der Reformisten und Ausbeuter.

ADGB. sucht Material gegen KPD-Presse

Geheimes Schreiben des Bundesvorstandes — Reformistische Führerclique in großer Verlegenheit

Der günstige Wind bringt auf unseren Redaktionstisch ein **geheimes Schreiben des Bundesvorstandes des ADGB. an die Vorstände der Zentralverbände** über die Betriebsrätewahlen. In diesem Schreiben, das vom 18. April 1929 datiert und von Erdmann gezeichnet ist, steht u. a.:

„Die kommunistische Presse, insbesondere die „Rote Fahne", versucht in den letzten Wochen aus dem Ergebnis der Betriebsrätewahlen Kapital zu schlagen und rühmt sich ihrer Erfolge vor allem in einer Reihe von Großbetrieben . . . .

Die sozialdemokratische Presse ist an den Bundesvorstand mit der Bitte herangetreten, ihr mit Hilfe der Verbände stichhaltiges (?) Material zur Verfügung zu stellen, das sie gegen die kommunistische Presse auswerten kann.

Wir bitten daher die Verbandsvorstände, uns auf dem schnellsten Wege Informationen über den Ausfall der Betriebsrätewahlen in ihrem Verbandsbereich, über die Zahl der auf die freigewerkschaftlichen Listen entfallenden Vertreter sowie auf die übrigen Listen Gewählten zukommen zu lassen. Es kommt uns darauf an, sobald als möglich schon einiges Material in die Hand zu bekommen."

Dieses Schreiben zeigt, wie die gesamte sozialdemokratische „Führer"clique durch die entscheidenden Siege der Gewerkschaftsopposition in Bedrängnis gekommen ist. Das Schreiben charakterisiert auch die so hoch gepriesene „parteipolitische Neutralität" der Gewerkschaften. Die sozialdemokratische Presse braucht Material, **„das sie gegen die kommunistische Presse auswerten kann", und der Bundesvorstand des ADGB., zusammen mit den Vorständen der Zentralverbände, bringt dieses Material auf.**

Wie das Material zurechtgemacht werden soll, dafür werden gleichzeitig in dem Schreiben ein paar Winke gegeben. Die Verbände sollen Mitteilung machen **„über die Zahl der auf die freigewerkschaftlichen Liste entfallenden Vertreter".**

Die sozialdemokratische Presse wird dann die auf die freigewerkschaftlichen Listen gewählten Betriebsräte als Sozialdemokraten erklären und die „Niederlagen" der Kommunisten feststellen. Der „Vorwärts" verfährt nach dieser Methode. Er bringt die Zahlen der für die freigewerkschaftlichen Listen im mitteldeutschen Bergbauindustriebezirk abgegebenen Stimmen, stellt fest, daß für kommunistische Listen keine einzige Stimme abgegeben war und schreibt: „Die Betriebsratswahlen haben bewiesen, daß im mitteldeutschen Bergbau kein Boden mehr ist für die kommunistisch-gelbe Arbeiterverseuchung."

Der „Vorwärts" vergißt aber mitzuteilen, daß die Kommunisten im mitteldeutschen Bergbaubezirk tatsächlich keinen Anlaß hatten, oppositionelle Listen aufzustellen, daß sie in der Mehrheit der Orten die freigewerkschaftliche Liste besetzt haben. Wir haben die Ergebnisse aus 34 mitteldeutschen Braunkohlengruben mit etwa 12 000 Beschäftigten, wo die Oppositionellen auf den freigewerkschaftlichen Listen 90 Kandidaten durchgebracht haben und die Reformisten 88. In sechs der größten Bergbaubetriebe mit 10 500 Beschäftigten haben die Oppositionellen 34 Betriebsräte auf den freigewerkschaftlichen Listen durchgebracht und die Reformisten 12. Es liegen außerdem von Mitteldeutschland Resultate aus 166 Betrieben mit etwa 95 000 Beschäftigten vor. In diesen Betrieben wurden gewählt: **342 Kommunisten, 227 mit der Kommunistischen Partei Sympathisierende, 217 Sozialdemokraten und 78 mit der Sozialdemokratischen Partei Sympathisierende.** So sieht die „kommunistische Seuche" in Mitteldeutschland aus, die nach den Berichten des „eigenen Korrespondenten" des „Vorwärts" aus Halle „keinen Boden mehr in Mitteldeutschland hat".

Es ist anzunehmen, daß nach dem Schreiben des ADGB. die sozialdemokratische Presse noch weitere ähnliche lügnerische Zusammenstellungen in die Welt setzen wird. **Diese Roßtäuschermethoden werden aber die Tatsache, daß die SPD. bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen von der revolutionären Gewerkschaftsopposition kräftig geschlagen wurde, nicht aus der Welt schaffen. Die Großbetriebe der entscheidenden Industriezweige haben sich eindeutig für die Partei des revolutionären Klassenkampfes entschieden!**

Die werktätige Frau

DIE KÄMPFERIN

Hallo! Die neue „Kämpferin" ist da! Sie bringt den Kampfaufruf zum 1. Mai in Deutschland, spannende Schilderungen vom 1. Mai im zaristischen Rußland und in der befreiten Sowjetunion. Auch die Berichte von den Konferenzen werktätiger Frauen enthält diese Nummer.

Ganz besondere Aufmerksamkeit verdient der Artikel über die „Wehrhaftmachung der Frau" vom Reichstagsabgeordneten Schneller. Auch der Kampf unserer Kinder gegen Ausbeutung und Schulreaktion wird in den Korrespondenzen der Kinder anschaulich geschildert.

Reich illustriert, mit zweifarbigem Titelbild, mit Artikeln über alle brennenden Tagesfragen erscheint die Werbenummer der „Kämpferin" als treuester Berater und Wegweiser für die kämpfenden Frauen. Freudig wird diese Nummer von den Frauen begrüßt werden. Jede Frau muß sie lesen und weiterverbreiten.

In jede Fabrik, in jeden Haushalt muß die „Kämpferin" hinein!

Werdet Abonnenten der „Kämpferin".

Ein Erlebnis aus der Mütterberatung

Im überfüllten Raum einer Mütterberatungsstelle will sich eine schwangere Frau den Schein für ihr halbes Pfündchen Butter holen, das ihr vom siebenten Monat an zusteht. Sie fällt selbst hier auf durch den wirklich trostlosen und verzweifelten Ausdruck ihres Gesichtes.

„Ja, um Gottes willen, Frau Sch., ich habe Sie ja so lange nicht gesehen; Sie bekommen etwas Kleines?"

„Ja."

„Sie haben doch schon sechs Kinder, nicht?"

„Ja."

„Wie alt sind Sie denn?"

„Dreiundvierzig Jahre." Einmal angerührt, fängt die Frau an zu erzählen; sie war auch beim Arzt, bat um Hilfe, die ihr verweigert wurde. „Nun kommt halt das Siebente auch noch."

Keiner sagt etwas, nur die Fürsorgerin meint: „Gelt, wenn das Kind da ist, dann gehen Sie aber gleich zum Arzt und lassen sich eine kleine Operation machen."

Bedarf es noch krasserer Beispiele, um die heuchlerische Verlogenheit dieser ganzen Moral um den Abtreibungsparagraphen herum zu kennzeichnen?

Mütterberatung?

Ja, im Dienste imperialistischer Bevölkerungspolitik, bestmögliche Aufpäppelung zu Kanonenfutter und Soldaten der industriellen Reservearmee, nicht aber Aufklärung über Verhütung neuer Schwangerschaften, die nach Geburten besonders leicht wieder eintreten.

Wer raubt uns das Brot?

(Hausfrauenkorrespondenz)

Wir Arbeiterfrauen, die wir die Pflicht haben, mit dem wenigen Gelde, das die Männer für ihre schwere Arbeit oder als Unterstützung erhalten, die notwendigen Lebensmittel zu beschaffen, die zur Ernährung der Familie notwendig sind, wissen wohl am besten, was es heißt, wenn neue Steuern und neue Zölle angekündigt werden auf lebenswichtige Dinge, die man im Arbeiterhaushalt braucht. Der kapitalistische Staat unter Herrschaft der Bourgeoisie, die besitzende Klasse, machen sich darüber keine Gedanken. Sie wissen nicht, was es für die Arbeiterfamilie bedeutet, wenn die Brot- und Fleischpreise steigen, die Lebensmittel teurer werden, wenn, mit einem Worte gesagt, der Brotkorb immer höher gehängt wird. Für die Arbeiterfamilie bedeutet dieses immer größere Entbehrungen, weitere Verelendung der Familienangehörigen und insbesondere der Kinder.

Deshalb sollten gerade die Frauen den Zoll- und Steuerplänen der Koalitionsregierung den schärfsten Kampf ansagen. Zweifellos wären auch die Arbeiter-Konsumvereine, in denen doch sehr viele Arbeiterfrauen ihre Einkäufe tätigen, am ersten dazu berufen, den Kampf gegen den Zoll- und Steuerwucher zu führen. Die reformistische Bürokratie der Konsumvereine hat aber ebenso wie die Gewerkschaftsführer ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht. In Händen der Opposition und der revolutionären Arbeiterschaft können diese großen Verbraucherorganisationen ein sehr wichtiges Kampfmittel sein.

Ueberall, wo wir mit Frauen zusammenkommen, müssen wir darauf hinweisen, daß der Zoll- und Steuerwucher es ist, der von der kapitalistischen Koalitionsregierung geführt wird, der die Warenpreise in die Höhe treibt, um immer neue Hunderte von Millionen für weitere imperialistische Kriegsrüstungen, für ein neues Völkermorden zur Verfügung zu haben.

Auch die Arbeiterin muß rüsten!

Hallo! Kolleginnen, auch euch geht der 1. Mai an! Oder habt ihr schon den Achtstundentag? Ihr wißt, daß ist eine der alten Mai-Parolen, unter denen die deutschen Arbeiter seit 40 Jahren am Weltfeiertag der Arbeit aufmarschieren. Und habt ihr vielleicht auch schon den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit erkämpft? Das war von jeher die spezielle Mai-Parole für die Arbeiterinnen. — Ihr müßt gestehen: ihr habt weder den Achtstundentag noch den gleichen Lohn wie die Männer, sondern ihr habt eine Arbeitszeit, die eure Gesundheit ruiniert, und einen Lohn, mit dem ihr nicht leben könnt. Die alte „Mai-Parole", das sind heute noch Ziele, die wir erkämpfen müssen, und zu diesem Zwecke müssen wir die Arbeitermassen zusammenfassen. Dazu ist der 1. Mai die beste Gelegenheit.

Noch eine Frage: Wie steht es mit dem Schutz der betriebstätigen Arbeiterin, mit der Unfallfürsorge, mit der Erwerbslosenunterstützung und dem Schutz von Mutter und Kind, mit den ganzen sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse? Das sind alles noch Kampfesziele, die wir erst erringen müssen.

Aber außerdem willst du doch, Kollegin, daß die Arbeiterschaft alle ihre Kraft daransetzt, den drohenden Krieg der imperialistischen Mächte, der sich gegen die Sowjetunion richten wird, zu verhindern. Am 1. Mai rufen wir die Massen auf, gegen die Kriegsgefahr zu demonstrieren.

Darum gehörst auch du, Kollegin, und alle deine Arbeitsschwestern, zu uns in die Maidemonstration! Ihr müßt jetzt schon alle Vorbereitungen treffen, und vor allem nach Kräften dafür agitieren, daß sich am 1. Mai auch die Arbeiterinnen geschlossen an unserer Demonstration beteiligen.

Wenn am 1. Mai das revolutionäre Proletariat auf die Straße geht, um für seine Forderungen zu demonstrieren, darf auch die proletarische Hausfrau nicht fehlen. Sie weiß nicht, wie sie von einem Freitag zum anderen mit dem kargen Lohne auskommen soll. In dem drohenden Kriege gegen die Sowjetunion muß sie ihre Söhne als Kanonenfutter opfern. Sie seufzt unter dem Zwange des Abtreibungsparagraphen. Doch das Seufzen hilft nichts; sie muß sich einreihen in den allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse um ein menschenwürdiges Dasein. Deshalb heißt die Parole für die Arbeiterhausfrau:

Wir demonstrieren am 1. Mai unter der Fahne der KPD. ....

Frau, in die Bresche!

Von Eva Dittmar

Seht die dunklen, unheilschweren Wolken,
wie sie drohend neue Kriege uns verkünden!
Alle Pulverminen der Profitgier unsrer Unterdrücker
stehn bereit, sich am geringsten Funken zu entzünden!
Hört, wie frech sich schon der Weltmarkt Geldsack brüstet:
„He, Prolet, es gilt! Ich bin aufs beste gegen dich gerüstet!
Ich bin gerüstet, weil ich fest und stark
das Kapital der ganzen Welt umfange!
Mir beugt der Adel sich
so wie der Bürger und der Pfaff' und der Soldat!
Sie treten — ja, sie schießen selbst auf dich,
wenn ich's verlange!
Was gilt, Proletenvolk der Welt,
mir all dein wildes Aufbegehren?
Geschlagen bist für immer du,
wenn wir dein Rußland dir zerstören!"
Genossinnen, hört, wie ihr Schlachtruf gellt!
Fahr wohl, Weltrevolution, wenn dein Bollwerk fällt!
Das darf nicht gescheh'n,
wenn wir Arbeiterfrauen zusammengehn!
Wir Arbeiterfrauen der ganzen Welt,
eine Front, die sich schützend vor Rußland stellt!
Eine Front, viel fester als Eisen und Stahl,
entgegen dem frechen Weltkapital!
Frau, in die Bresche! Zur Seite dem Mann!
Daß der Feind unsre Front nie durchbrechen kann!

Breslau

Insgesamt sieben Jahre Zuchthaus

Im Altmordprozeß wurde gestern nach den Plädoyers der Verteidiger Schroetter und Simon das Urteil gefällt. Sowohl Josef Giesner wie auch seine Frau erhielten je 3½ Jahre Zuchthaus, bei Anrechnung von je sechs Monaten Untersuchungshaft. Der Staatsanwalt hatte für die Frau 15 Jahre und für den Mann 10 Jahre Zuchthaus beantragt.

Pohl bestreitet auch weiterhin

In der Mordsache Schulz ist eine große Anzahl Zeugen vernommen worden, die nach wie vor dabei bleiben, daß der Verhaftete Pohl der Täter sei, dieser leugnet mit Entschiedenheit und betont immer wieder, daß es sich um ein Mißverständnis handle, und daß er an der Sache überhaupt nicht beteiligt sei. Bis jetzt hat sich noch keine Person gefunden, die den Beschuldigten früher nicht kannte und die ihn lediglich auf Grund einer Gegenüberstellung erkennt. Das wäre um so wichtiger, als man den Aussagen der bisherigen Zeugen mit einer gewissen Vorsicht begegnen muß. Jedenfalls ist es noch nicht gelungen, eindeutiges Material gegen Pohl zu finden. In den Zeugenaussagen sind Widersprüche festgestellt worden, und zwar hat die Hauptbelastungszeugin die Zeit, die der Mörder in der Wohnung der Ermordeten zugebracht habe, mit zwei bis drei Minuten angegeben, während der bei ihr anwesende Mann aussagt, daß Pohl mindestens acht Minuten dagewesen sein müsse. Die Frau, die mit einem achtjährigen Jungen auf der Bank in der Nähe des Mordgrundstücks um die fragliche Zeit am Freitagabend gesessen hat, hat sich noch nicht gemeldet, ebensowenig die beiden Liebespaare, die auf der gleichen Bank in der Zeit von 22,30 bis 23 Uhr saßen. Die Kriminalpolizei legt größten Wert darauf, daß sich diese Zeugen im Polizeipräsidium einfinden.

Inzwischen hat die Obduktion der Leiche der ermordeten Schulz stattgefunden. Es wurde festgestellt, daß der todbringende Stich nach der linken Schulter geführt wurde, wo er die Schlagaderdurchschnitt und in die Lunge eindrang. Die Leiche weist zwei weitere Stiche im Kopf und zwei Stiche im Rücken auf. Die Stiche wurden mit einem Messer geführt, dessen Klinge zehn bis zwölf Zentimeter lang gewesen sein muß.

Gestern 22 Uhr hat eine Inaugenscheinnahme des Tatortes durch die Polizei stattgefunden, zu der sowohl die Zeuginnen wie auch der Pohl hinzugezogen waren. Einerseits bleiben die Mädchen dabei, gesehen zu haben, wie Pohl mit der Schulz das Haus betrat, andererseits bestritt Pohl auch weiterhin jede Beteiligung an der Bluttat.

Unterschlagungen eines städtischen Försters

Das Presseamt schreibt: Bei einer Prüfung der Dienstführung des am 17. d. M. in Riemberg verstorbenen städtischen Oberförsters hat sich ergeben, daß dieser einen Betrag von rund 15 500 Mark — Erlös für freihändig verkauftes Holz — nicht an die Stadthauptkasse abgeführt hat. Der Fehlbetrag wird von den Erben des Verstorbenen ersetzt werden.

Donnerstag Stadtverordnetensitzung

Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetensitzung am Donnerstag stehen u. a. folgende Vorlagen: Ablehnendes Ausschußgutachten über Umbau der Schießanlagen im Schießwerder, Zustimmung zu einer neuen Schießordnung für die städtischen Schießstände im Schießwerder, Einrichtung eines Oberbaulagers der Straßenbahnverwaltung in der Ostendstraße für 450 000 Mark, Ausfall der Stadtverordnetensitzungen in den Monaten Juli und August, Anfrage wegen der Finanzierung der Ausstellung Wohn- und Werkraum, die kommunistischen Anträge zur Neugestaltung des Finanzausgleichs, zur Erhöhung der Richtsätze des Wohlfahrtsamtes, Vorschlag für die Wahl eines Lehrers und einer Lehrerin und zweier Stellvertreter für den Hauptausschuß des Jugendamtes, Kosten der Notstandsarbeit „Neubau der Weistritzbrücke bei Herrnprotsch", Ausrüstung der Freiwilligen Feuerwehr in Schwoitsch, Erwerb von Straßenland der Weistritzstraße. Weiter ist die Abstimmung über eine Reihe von Einzelhaushaltsplänen vorgesehen. Bei der Tiefbauverwaltung sind die beantragten 18 000 Mark für den Stadtgraben-Brückensteg im Zuge der Museumsstraße und 7000 Mark für einen Kraftwagen gestrichen. In der geheimen Sitzung soll die Wahl eines besoldeten Stadtrats besprochen werden. Das Zentrum schlägt seinen bisher unbesoldeten Stadtrat Przybilla vor und wird infolge des schmählichen Kuhhandels der SPD. auch eine Mehrheit für ihn finden.

Tietz übernimmt Lindemann

Breslau ist seit einiger Zeit als Niederlassungsort auswärtiger Warenhaus-Firmen sehr beliebt. Nach der Karstadt-A.-G., der das Lindemann-Haus in der Ohlauer Straße gehörte, kam Wertheim und begann seinen Neubau am Stadtgraben zu errichten. Neuerdings hat sich auch Leonhard Tietz hier eingefunden. In diesen Tagen schließt Lindemann seine Pforten. Das Geschäft wird als Filiale des Tietz-Konzerns wieder eröffnet werden. Wie die Firma Tietz mitteilt, sind mit dieser Geschäftsübernahme ihre weiteren Pläne, Ankauf und Umbau des früheren Generalkommandos betreffend, nicht erledigt, so daß also die Möglichkeit besteht, daß Breslau in einiger Zeit ein zweites Tietz-Haus bekommt. Bereits heute hat Tietz in allen Teilen Deutschlands 40 Filialen — ein Zeichen für die auch im Einzelhandel immer weiter vorwärtsschreitende Konzentration.

Das Auto auf dem Bürgersteig

Gestern gegen 15 Uhr geriet ein Personenkraftwagen beim Ausweichen vor einem anderen Kraftwagen auf den Bürgersteig vor dem Hause Freiburger Straße 3. Er fuhr dabei in die Schaufensterscheibe des Buttergeschäftes Steinig, die vollkommen zertrümmert wurde. Drei vor dem Fenster stehende Kinder wurden dabei angefahren und zum Teil verletzt. Das eine Kind erlitt einen Oberschenkelbruch, ein anderes Kind klagte ebenfalls über heftige Schmerzen im Oberschenkel, während dem dritten Kinde der Mantel und das Kleid völlig zerrissen wurden.

Theater und Kino

Thalia-Theater. „Der Dickkopf." Gastspiel Max Adalbert. Ein kitschiges Lustspiel von Friedmann Frederich, das ein wenig abgestaubt und mit einigen neuen Witzen gewürzt wurde. Aufführungsberechtigt wird das Stück lediglich durch die hervorragende Improvisationskunst des Gastes Max Adalbert, der frei vom Text seinen Onkel Max gestaltet und das Haus durch seine Kalauer zwei Stunden im Lachen hält. Von den anderen Gästen des Ensembles sind noch zu erwähnen: Max Landa, Ferry Sikla, Clara Syl.

Die nicht in das Stück hineingehörende Betriebsratsszene mit der Verulkung der Arbeitervertretung hätte der Regisseur getrost

Ufaria-Palast. Das Programm bringt Eddi Polo in einem Sensationsfilm, der in den dunklen Vierteln Berlins spielt. Ferner „Seine liebe Schwiegermutter" mit Harald Lloyd, ein Stück mit gutem Humor. — In der Bühnenschau ein Sänger zur Laute, der besonders durch die „Schwedische Ballade" imponiert. S.

Eine Denkschrift des Magistrats

Amtliche Zahlen über das Breslauer Elend

In den nächsten Tagen wird eine Denkschrift des Magistrats über „Breslau nach dem Kriege" herauskommen, auf die einzugehen wir heute schon in der Lage sind.

In der Denkschrift wird natürlich auch wieder viel vom „deutschen Osten", „Breslau als Kulturbollwerk" und „nationalen Gründen" geredet. Aber bessenungeachtet bringt sie doch solch erschütterndes Material über das in unserer Stadt herrschende Elend, daß wir die darüber enthaltenen Angaben hier wiedergeben wollen. In Form von Statistiken wird nachgewiesen:

1. In Breslau werden die schlechtesten Löhne gezahlt. Der Durchschnittsstundenlohn eines Handwerkers beträgt in Breslau zirka 82 Pfennige, eines Betriebsarbeiters zirka 65 Pfennige. Damit steht er hinter der (selbstverständlich auch nicht etwa überbezahlten) Arbeiterschaft von München, Leipzig, Köln, Frankfurt a. M., Düsseldorf, Hamburg und Berlin bedeutend zurück. (Für Berlin wurden als Handwerkerdurchschnittslohn 1,15 Mark und als Betriebsarbeiterdurchschnitt 88 Pfennig angegeben.)

2. Die Arbeitslosigkeit ist in Breslau gegenüber all den obengenannten Städten die weitaus größte. Am 31. Dezember 1928 waren im Reichsdurchschnitt auf 1000 Einwohner 27,3 Erwerbslose, in Breslau aber 35,7. (Leipzig zum Beispiel 18,7 und selbst Berlin kam auf „nur" 32,1.) Noch schlimmer sieht das Bild in der Krisenfürsorge aus. Hier beträgt der Reichsdurchschnitt 2,0, während Breslau mit 14,9 alle anderen Städte um ein Mehrfaches übertrifft. (Berlin 8,4.)

3. Die unter der hiesigen Bevölkerung herrschende Not hat naturgemäß eine bedeutende Steigerung der Zahl der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zur Folge. Von 1000 Einwohnern sind in Breslau 68,12 Unterstützte. (Frankfurt a. M. 21,21 und Berlin, das gleich hinter Breslau rangiert, 42,43.)

4. Trotz der schlechten Einkommensverhältnisse, trotz der riesigen Erwerbslosigkeit und der allgemeinen Not ist die Lebenshaltung in kaum einer anderen deutschen Großstadt so teuer wie in Breslau. Während der Reichsindex im Dezember 1928 auf 152,7 stand, marschierte Breslau mit 153,9 demselben weit voraus. (München 142,0, Dresden 151,5.)

5. Mit eine der furchtbarsten Folgen der schlechten Wirtschaftslage der Breslauer Bevölkerung ist das Wohnungselend. In allen deutschen Großstädten (mit mehr als 100 000 Einwohnern) waren 44,7 Prozent Kleinwohnungen (das heißt solche, die aus einem Zimmer und Küche bestehen), 47,7 Prozent Mittelwohnungen (zwei Zimmer und Küche) und 7,6 Prozent Großwohnungen. Dagegen waren in Breslau 67 Prozent Kleinwohnungen, nur 28,2 Prozent Mittelwohnungen und 4,8 Prozent Großwohnungen. Die Folge eines solchen Mißverhältnisses ist, daß viele Tausende minderbemittelte Einwohner eng zusammengepfercht in vollkommen ungenügenden Räumen hausen müssen. Daß Breslau die Stadt der größten Wohndichte ist, beweist die Tatsache, daß hier auf ein Wohnhaus durchschnittlich 19,8 Wohnungen entfallen. (In Berlin 8,7, Reichsdurchschnitt für Großstädte — also ohne die kleineren Städte und ohne das flache Land — 5,3.)

6. Die niedrigen Löhne, die große Arbeitslosigkeit, die unsagbar traurigen Wohnverhältnisse haben noch eine weitere erschütternde Folge: die höchste Sterblichkeitsziffer aller deutschen Großstädte. Und zwar starben im Jahre 1927 in Breslau von 1000 Einwohnern 13,4 (Leipzig 11,8, Berlin 11,7, Düsseldorf 10,2). Die gleiche Tatsache zeigte sich bei der Säuglingssterblichkeit. In Breslau starben von 100 Lebendgeborenen im ersten Lebensjahr 11,4 (Köln 10,8, Berlin 8,5, Frankfurt a. M. 6,7).

„Aus den angeführten Zahlen geht hervor, daß in Breslau die Verhältnisse zur Katastrophe führen müssen, wenn nichts Entscheidendes geschieht." So heißt es in der Denkschrift. Dieses „Entscheidende" soll in der Aufnahme von Handelsbeziehungen zu den Oststaaten, in Staatsaufträgen für die Industrie, Förderung der Landwirtschaft, stärkeren Ueberweisungen aus dem Wohnungsfürsorgefonds, besonderen Ueberweisungen für die Wohlfahrtspflege und Unterstützungen der Breslauer Kulturbestrebungen bestehen.

Dieses Programm kann — wenn es nicht noch etwas Schlimmeres ist — höchstens Pflästerchen auf das Breslauer (und darüber hinaus schlesische) Elend kleben. Es ganz zu beseitigen, das wird mit diesem Programm nicht gelingen. Dazu müssen andere Wege gefunden werden: Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, Errichtung der Herrschaft der Arbeiter. Erst mit der Beseitigung ihrer Ursachen werden Massenarbeitslosigkeit, Wohnungselend, hohe Sterblichkeitsziffern usw. verschwinden und der Weg zu einem gesunden Menschengeschlecht frei sein, werden Tausende und aber Tausende nicht mehr gezwungen sein, im Schatten unserer heutigen Gesellschaft dahin zu vegetieren.

Die Straßenbahnlinien werden neu numeriert

Ab 1. Mai Sommerfahrplan — Schnellere Wagenfolge bei einigen Linien — Aenderung im Fahrplan

Am 1. Mai tritt der Sommerfahrplan der städtischen Straßenbahn in Kraft. Er bringt eine Reihe von Neuerungen, wie zum Beispiel die Umbenennung verschiedener Linien, die angeblich notwendig sein soll. Diejenigen Linien, die verschiedene Endpunkte haben, aber den größten Teil der Strecke gemeinsam befahren, erhalten verschiedene gleichklingende Nummern. So soll vom 1. Mai ab die Linie, die zwischen Südpark und Rosenthaler Brücke verkehrt, Linie 2 sein, während auf dem verkürzten Weg zwischen Südpark und Trebnitzer Platz die Linie 12 verkehren soll. Die heutige 2 E wird Linie 22, denn in Wirklichkeit ist sie ja keine E-(Einlage-)Bahn, sondern eine ständige Einrichtung. Diese Umbenennung zieht nun nach sich, daß die jetzige Linie 12 Linie 18 werden muß. Die Linien 22 und 23 bekommen als Rundbahnen außer der Bezeichnung R die Nummern 27 und 28. Die Linie zwischen Schmiedefeld und Dürrgoy bleibt Linie 6. Die verkürzte Linie zwischen Flughafen und Schönstraße soll Linie 16 werden. Deswegen muß die heutige Linie 16 in Linie 26 umgetauft werden. Außerdem sollen diese Wagen der neuen Linie 26 dann Sonntags regelmäßig, um ein Umsteigen auf Linie 15 zu vermeiden, vom Benderplatz aus bis Oswitz durchgeführt werden. — Die Begründung der Umbenennungen kann uns von ihrer Zweckmäßigkeit nicht überzeugen. Ihr Nutzen steht in gar keinem Verständnis

zu der Verwirrung, die angerichtet wird.

Der Sommerfahrplan sieht außer der Umnumerierung noch vor die Weiterführung der Linie 9 bis nach Zimpel, und zwar in den Zeiten von 12,15 bis 21,25 Uhr. Auf der von der Linie 9 und 18 vom Lessingplatz gemeinsam befahrenen Strecke tritt in den obengenannten Zeiten statt des Zehnminutenverkehrs der Fünfminutenverkehr. Eine Verbesserung der Wagenfolge erfährt auch die Gürtelbahn. Der Fünfminutenverkehr auf dieser Linie wird auf Viertelminutenverkehr umgestellt. Eine

Verkürzung der Fahrzeiten,

wie sie bereits im Winterfahrplan versucht wurde, soll in den Nachtstunden bei den Linien 1, 2, 4, 5, 6, 10, 12, 14, 15, 16, 18, 21 wieder durchgeführt werden, weil in den Nachtstunden der Straßenverkehr abflaut.

Ein anderer Plan geht dahin, die Omnibuslinie Südring zu erweitern mit Rücksicht auf die im Süden neuentstandenen Stadtteile. Neben der Weiterführung der Linie 18 durch die Charlottenstraße bis zum Hardenberghügel will man den Omnibus-Südring vom 1. Mai ab nicht mehr vom Rehdigerplatz bis Opitzstraße entlangfahren lassen, sondern die Rhedigerstraße bis zur Herderstraße, von da zur Caroluskirche und, in die Charlottenstraße einbiegend, am Höfchenplatz die alte Strecke wieder aufnehmen.

Zu betonen ist zu diesen Plänen einer Bessergestaltung des Straßenbahnverkehrs, daß sie wenig nützen, wenn auf der anderen Seite

durch fortgesetzte neue Verteuerungen der Fahrpreise

immer weitere Schichten der minderbemittelten Bevölkerung von der Benützung der Straßenbahn ausgeschlossen werden.

Die Vorteile bei

einem Einkauf in unseren Geschäften sind:

1. Gut sortierte Läger in allen Abteilungen!
2. Individuelle, aufmerksame, reelle Bedienung!
3. Keine sogenannt billigen Waren, sondern Qualitätswaren zu niedrigst gestellten Preisen!

Abteilung I: Eisenwaren aller Art: Stabeisen, Bleche, Bandeisen, Werkzeuge und Bedarf-artikel für jedes Handwerk. Dachpappen sowie alle übrigen einschlägigen Baubedarfsmaterialien.

Abteilung II: Transportable Kohlen-, Gas- und Siedlungsherde, Oefen und Ofenbauartikel, Geräte und Gebrauchsgegenstände für Landwirtschaft, Kleingartenbau und Hausbesitz.

Abteilung III: Haus- u. Küchengeräte sowie sämtl. Wirtschaftsartikel, Bürsten- u. Solinger-Stahlwaren, Gaskocher, Haushaltungsmaschinen, Verzinkte Wasch-, Bade- und Sitz-Badewannen usw.

Eisen-Brandt

Inhaber: Fritz und Max Brandt

Das Spezialgeschäft

für sämtliche Eisen- und verwandte Waren.

Breslau Hauptgeschäft: Nikolaistraße 63a (Ecke Neueweltgasse)

Zweiggeschäft: Friedrich-Wilhelm-Str. 89 (zwisch. Striegauer Platz u. Leuthenstr.)

Fernruf: 28036 29167 Postscheckkonto Breslau 876

Auf Anruf erfolgt unverbindlich bereitwilligst Auswahlsendung. — Versand nach auswärts.

Kein Tag ohne Selbstmorde!

Auf der Eisenbahnstrecke an der Hindenburgbrücke hat sich der 25jährige Straßenbahner Mroczatzel, Trebnitzer Straße 64, von einer Rangiermaschine des Obertorbahnhofs überfahren lassen. Er war tot. — Selbstmord durch Erhängen verübte der Schneider K. K. in seiner Wohnung Gräbschener Straße. — Die 57jährige Frau Martha Schwierslott wurde in ihrer Wohnung in Carlowitz, Schulstraße 27, tot aufgefunden. Die Gashähne der Wohnung standen offen. Neben der Toten fand man eine Flasche, deren Inhalt, ein Gift, völlig ausgetrunken war. Frau Schwierslott war bereits seit längerer Zeit an einem schweren Nervenleiden erkrankt. — Weiterhin hat sich im Landgerichtsgebäude ein Selbstmord ereignet. Hier schoß sich der 73jährige, Berliner Platz 21 wohnhafte Konkursverwalter Hugo von Alten-Bockum in dem Augenblick, als er in das Untersuchungsgefängnis abgeführt werden sollte, eine Kugel in den Kopf und brach tot zusammen. v. Alten hat aus einer Konkursmasse über 80 000 Mark unterschlagen, derentwegen er nach vorausgegangener Vernehmung festgenommen wurde. — Einen Selbstmordversuch verübte der Monteur F. G. von der Frankfurter Straße. Er versuchte, sich im Hausflur des Grundstücks Lohestraße 60 zu erschießen. Schwer verletzt wurde er in das Wenzel-Hande-Krankenhaus eingeliefert.

Alle Bauarbeiter,

die Mitglieder der Partei oder des AFB. sind, erscheinen unbedingt Mittwoch 19,30 Uhr im Lokal Arndt, Malergasse 27.

Frauen! Mädchen!

Oeffentliche Versammlung

heute, Dienstag, pünktlich 19,30 Uhr, im Lokal „Patenhofer", Malergasse 27. Die Genossin Dohne spricht über das Thema: „Die uneheliche Mutter und ihr Kind."

Waldenburger Bergland

. . . beide stinken!

Der schlesische Provinziallandtag hatte sich u. a. erneut mit der Frage der Gasfernversorgung zu befassen. Welche Stellung die kommunistische Fraktion bezog, ist unseren Lesern hinreichend bekannt. Wenn wir heute auf die Angelegenheit zurückkommen, so nur, um zu zeigen, was alles die sozialdemokratische Presse in diesem Zusammenhang schwindelt. Die „Bergwacht" schrieb:

Bergarbeiter, merkt es euch!

Die Kommunisten im Provinziallandtag gegen jede Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse im niederschlesischen Steinkohlenrevier.

Wie wir schon oben mitgeteilt haben, hat der Niederschlesische Provinziallandtag sich mit der Gasfernversorgung, die von Waldenburg ausgeht, befaßt.... **Die Bergarbeiterschaft im Produktionsgebiet, d. h. im niederschlesischen Steinkohlenrevier, ist daran interessiert, denn die Gasfernversorgung bringt nicht nur neue Arbeitsmöglichkeit mit sich, sondern es ist mit einer Besserung der hiesigen wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt zu rechnen. Mit Rücksicht auf die Steigerung des Absatzes der Gruben wird es den Gewerkschaften möglich sein, bei Lohnverhandlungen bessere Arbeitsbedingungen für die Arbeiterschaft zu schaffen, zumal ihnen durch Beteiligung der Kommunen an der Gasfernversorgung die Möglichkeit gegeben ist, die Verdienste der Werke nachprüfen zu können.** Wenn man dies alles berücksichtigt, dann ist erstaunlich, wie ausgerechnet der

Kommunist Müller aus Ober-Hermsdorf im Provinziallandtag wie wild gegen das Problem der Gasfernversorgung wettern konnte.

Gewiß konnte er und seine drei kommunistischen Kumpane durch die Ablehnung der Vorlage das Problem nicht zum Scheitern bringen, aber die Bergarbeiter werden es sich wohl merken, daß auch hier wieder die Besserung ihrer Lebenslage und die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse im niederschlesischen Revier überhaupt von den Kommunisten verhindert werden sollte. Den kommunistischen Schreihälsen, die Not und Elend stabilisieren wollen, wird wohl bei den nächsten Kommunalwahlen die richtige Antwort gegeben werden."

So die „Bergwacht". Die „Volkswacht" dagegen schrieb:

„Ja, wir konnten diesmal sogar hören und bewundern, daß ein kommunistischer Abgeordneter aus dem Waldenburger Revier sich in einer Weise für das Projekt des Landeshauptmanns zur Gasfernversorgung in seinem vollen Umfange einsetzte, die auf sozialdemokratischer Seite keine Nachahmer fand, weil hier die Gesichtspunkte der Förderung der Gemeinwirtschaft gegenüber dem privatkapitalistischen Bergbau vorherrschen und zu starker Zurückhaltung in dieser Frage führten, obwohl uns die Einstellung der Bergarbeiter aus ihrem beruflichen Gesichtspunkt bekannt und verständlich ist. Doch wir hielten, mit Verlaub zu sagen, die allzu großen Hoffnungen, die mitunter in Bergarbeiterkreisen auf einer Verbesserung der Profitrate durch Ferngasausbau vorhanden sein mögen, für zu weitgehend..."

*

Wer schwindelt? Die „Bergwacht" oder die „Volkswacht"? Beide schwindeln. Diesmal haben sie es allerdings sehr ungeschickt angestellt. In Zukunft würde es ihnen zu empfehlen sein, sich vorher zu verständigen, damit nicht einer das gerade Gegenteil von dem andern lügt.

Wie man die Kumpels neppt

A. K. Es ist bekannt, daß die Niebag auf das Sparen erpicht ist, wenn es sich darum handelt, unten zu sparen. Daß es mit dem Sparen nicht weit her ist, wenn es sich um Gehälter und Tantiemen der „Oberen" handelt, ist ebenfall bekannt. Desgleichen wenn es die Bedürfnisse in wohnlicher und anderer Beziehung der Direktoren und hoher Grubenbeamter betrifft. Gespart wird an Material aller Art, so an Grubenholz, Oel, Putzwolle, Besen usw. usw. Vor allem wird das Billigste gekauft, ob es etwas taugt oder nicht, ist nebensächlich. Wer zuviel Material verzettelt, der wird es an der Tantieme gewahr. Wenn 1 Kilo Farbe gebraucht wird, wird an alle Firmen telephoniert, und schließlich dort eine Büchse geholt, wo sie 5 Pf. billiger ist, gleichviel, ob es der größte Dreck ist oder nicht. „Das Vaterland, die Industrie, ist arm; wir müssen sparen, sparen."

Früher wurden die Reparaturen der Grubenlampen von der Grube bezahlt. Jetzt wird fast

jede Reparatur dem Kumpel auferlegt

und einfach vom Lohne — falls der nicht reicht, vom Abschlag — abgezogen. So wird für das Ausbeulen des Lampentopfes, gleichviel ob eine große oder eine winzige Beule vorhanden ist, einfach 1,75 Mark einbehalten. Will der Kumpel die Reparatur durch die Grube bezahlt erhalten, weist man ihn kaltschnäuzig ab. Wann ist der Arbeiter verpflichtet, die Reparaturen selbst zu bezahlen? Nach § 38 der Arbeitsordnung Absatz g „im Falle der vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Beschädigung". Ungefähr dasselbe sagt der § 10 des Manteltarifs. Also, wehrt euch Kumpels! Laßt euch die unerhörten Abzüge nicht gefallen! Das Risiko der Arbeit muß der Unternehmer tragen. „Der Bergbau ist kein Porzellanladen oder eine Kinderstube", hört man oft sagen, wenn es sich um Beschwerden der Arbeiter über die Behandlung seitens der Antreiber handelt. Ihr könnt in den allermeisten Fällen und fast niemals verantwortlich gemacht werden für die bei der unmenschlichen Arbeit erfolgte Beschädigung der Lampen! Eure Groschen sind dafür zu schade, den Unternehmern damit die Lampen zu bezahlen!

Arbeiterburschen und -mädels

Der Kommunistische Jugendverband ruft euch auf, am Mittwoch, dem 24. April in Nieder-Salzbrunn zur öffentlichen Jugendversammlung im Gasthof „Zum Anker" zu erscheinen. Tagesordnung: „1. Mai und arbeitende Jugend!" Freie Aussprache. Erscheint zahlreich!

Dittersbach. Achtung, Genossen! Mittwoch, den 24. April, 19 Uhr, in der „Obermühle" kombinierte Mitgliederversammlung von Partei, RFB., Jugend und Rote Hilfe. Jeder muß erscheinen! Liederbücher mitbringen!

Jauer

Ein Münzenschatz gefunden. Auf dem Grundstück Königstraße 4 beim Hausbesitzer Fleischermeister Fischer fand man bei der Instandsetzung des Kellerraumes ein mit Münzen gefülltes Gefäß. Es handelt sich um 160 sogenannte „Prager Groschen", die die Größe eines Markstückes haben. Sie stammen aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts.

Fast ertrunken. In Neppersdorf stürzte der siebenjährige Sohn des Müllers Leschik in den Schloßteich. Das Kind konnte im letzten Augenblick mit einem Haken gerettet werden. Ein Kind der Familie stürzte früher in einen Kessel mit heißer Wurstbrühe und zog sich tödliche Verbrennungen zu.

Landeshut

Einbruch. In der Nacht zum Sonnabend drangen Diebe beim Fleischermeister Faßmann in Schwarzwaldau ins Schlachthaus ein und stahlen außer zwei Schinken zehn Ringe Knoblauchwurst. Als der Besitzer erwachte, schwangen sich die Diebe gerade mit vollgepackten Rucksäcken auf die Räder und fuhren hohnlachend davon.

Niederschlesien

Görlitz

Anti-Bolschewisten-Hetze der evangelischen Kirche

A. K. Im „Christlichen Sonntagsblatt für die Oberlausitz", ein Blättchen, das unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheint, hetzt man in einem Schmutzartikel gegen Sowjetrußland. Wenn die christlichen Jungfrauen diese (echt christlichen) Gemeinheiten gelesen haben werden, werden sie wohl nicht in der Nacht die Ruhe finden können. Unter der Ueberschrift: „Die Kinderstadt in Moskau" soll sich die „Deutsche Zeitung" aus Moskau berichten haben lassen, daß „über drei Millionen Kinder in Rußland wildern, zu Verbrechern geworden sind, Banden wären gebildet worden, die raubend und plündernd durchs Land zögen"! Mit großem Pathos schreibt man, „die Revolution hat sie auf dem Gewissen". In der Kinderstadt bei Moskau hätten sie sich bewaffnet und sämtliche Häuser angezündet. (!!) So geht es in diesem schmutzigen Artikel fort, bis der Artikel endet: „Das ist kommunistische Erziehungsmethode." Gewiß, Sowjetrußland erzieht die heranwachsende Jugend nicht wie bei uns in Deutschland, wo man sie religiös verdummt, sie in frühester Jugend schon zu Sklaven erzieht, sondern in Rußland wird ein freidenkendes Geschlecht erzogen! Das wissen die Mucker genau, und deshalb ihre Wut und ihr Aerger, der sie zu solch blöden Lügen wie den oben mitgeteilten greifen läßt.

Achtung!

Mittwoch, 20 Uhr, in der „Union", Mitgliederversammlung des RFB. Alle Kameraden müssen erscheinen. Thema: Fahrt nach Hamburg mit dem Auto. Sämtliche Genossen und Genossinnen, die mitfahren wollen, erscheinen ebenfalls.

Neusalz

Eingemeindung. Die Gemeinde Alt-Tschau hatte am 27. Oktober vorigen Jahres gegen den Beschluß des Bezirksausschusses zu Liegnitz betr. Eingliederung von Teilen der Gemeinde Alt-Tschau in die Stadtgemeinde Neusalz Beschwerde erhoben. Der Provinzialrat hat nun beschlossen, daß der Bezirksausschußbeschluß abzuändern ist. In die Stadtgemeinde Neusalz werden nur bestimmte Grundstücke des Gemeindebezirks Alt-Tschau, Gemarkung Alt-Tschau, und Tschieser Alte Fähre, sowie des Gutsbezirks Forstrevier Tschieser, Gemarkung Tschieser Alte Fähre eingemeindet.

Haugsdorf

Todessturz mit dem Motorrad

Nach Schluß der Arbeit machte der 18jährige Müller Bruno Scheuner aus Gottschau mit einem fremden Motorrad eine Schwarzfahrt. Beim Strauzelschen Gehöft kam er zu Fall und blieb mit schweren Verletzungen liegen. Er verstarb am anderen Morgen.

Bunzlau

Der neue kommissarische Bürgermeister

Am Sonnabendabend fand die Einführung des mit der kommissarischen Verwaltung der Stelle des Ersten Bürgermeisters beauftragten Regierungsassessors Dr. Hausmann statt.

Liegnitz

Im Büro erhängt

Im Büro der Deutschen Begräbnis- und Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft „Deutscher Herold", Jochmannstraße 1, fand man den 30 Jahre alten Geschäftsführer Gerhard Hecker an einem Türhaken erhängt auf.

Durch Kohlenoxydgas erstickt

In Seifersdorf fand man die verwitwete Frau Hampel tot im Bett auf. Die Klappe des Ofens war geschlossen, so daß sie wahrscheinlich Kohlenoxydgasen zum Opfer gefallen ist.

Flucht vor dem gesuchten Tode

Nachts warf sich an der Umgehungsbahn in Nieder-Kunitz der 22jährige Sohn eines Landarbeiters, der an epileptischen Anfällen leidet, in einem Verzweiflungsanfall auf die Schienen, um sich von dem Zuge zermalmen zu lassen. Im letzten Augenblick wollte er aber von den Schienen zurückspringen. Er wurde jedoch noch erfaßt. Man fand ihn mit zerschmettertem Unterkiefer und Handverletzungen auf und brachte ihn ins Krankenhaus.

Aus dem Riesengebirge

Todesopfer einer Motorradfahrt

Auf der Hirschberger Kunststraße fuhr in Lomnitz der Schmiedemeister Friese aus Schmiedeberg mit seinem Motorrade, auf dem auch der Manglerlehrling Gruner saß, gegen einen Straßenstein. Beide Personen wurden vom Rade geschleudert. Friese kam mit geringen Verletzungen davon. Gruner aber erlitt mehrere Beinbrüche und innere Verletzungen und ist an deren Folgen gestorben.

Mittelschlesien

Ohlau. Heraus zur Frauenversammlung. Am Mittwoch 20 Uhr findet bei Haupt („Preußischer Hof") eine öffentliche Frauenversammlung statt. Referentin: Genossin Hahne, Breslau. Arbeiter und Arbeiterinnen von Ohlau, erscheint in Massen!

Strehlen. Die Korruptionsfälle Konsumverein und „Selbsthilfe" in Strehlen ziehen immer größere Kreise. So erschienen in der „Brieger Volkszeitung" am 16., 17. und 18. April Artikel, welche die Tatsachen völlig auf den Kopf stellen und lediglich nur den Zwecke verfolgen, die Strehlener Arbeiterschaft zu verwirren. (Es ist auch möglich, daß man sich einen guten Abgang verschaffen will.) Da man gegen die Kommunisten sowie die „Arbeiter-Zeitung" anders nicht heran kann, greift man zu dem in der Sozialdemokratie beliebten Mittel der Lüge und Verdrehung. Wir wollen nun die drei erschienenen Artikel ganz sachlich einer Kritik unterziehen. Da ist erstens unter der Ueberschrift „Festgestellt: Lüge!" ein Geschmiere, das tatsächlich Lüge ist. Und zwar bestreitet da ein „Herr Redakteur", daß auf Jugels Artikel eine Berichtigung eingegangen ist. Wir stellen hierzu fest, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrats wörtlich sagte: „Die Berichtigung war auf demselben Schreiben, auf dem auch die Einladung in die Versammlung stand. Eine Versammlungseinladung wurde gebracht, die Berichtigung ist bis jetzt noch nicht erschienen." Nachdem der obengenannte Artikel erschienen, schrieb der Aufsichtsrat an die „Brieger Volkszeitung", wenn jetzt nicht sofort die Berichtigung erscheint, wird er gezwungen sein, dieselbe in der „Arbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen. Wir befürchten aber, daß der Aufsichtsrat lieber die zweite Ohrfeige mit lächelnder Miene entgegennimmt, als daß er die „Arbeiter-Zeitung" einmal in Anspruch nimmt. Nun, „Herr Redakteur" von der „Volkszeitung", wer schwindelt? Ist es der Aufsichtsrat oder sind Sie es? Jetzt zu dem Artikel vom 17. April. Unter der Ueberschrift „Etwas niedriger hängen" verzapft da der SPD.-Kreistagsabgeordnete K...l Sch...r einen Dreck, der verdient, daß er niedriger gehängt wird. Es wurde von ihm nur ein etwas unglücklicher Anfang gewählt, denn die ganz unmotivierte Schreiberei von dem Nichtlesen- und -Schreibenkönnen wird sich wohl schlecht beweisen lassen, während die Mitte des Satzes haarscharf auf den Schreiber (weiß der Teufel, das Wort erinnert uns dauernd an einen Namen) des Artikels mitsamt dem ganzen SPD.-Anhang paßt. Auf das übrige Geschreibsel einzugehen, sind uns die Spalten der „Arbeiter-Zeitung" zu schade, lediglich noch den Satz, daß wir zu „feig sind, unsere Klassenfeinde zu bekämpfen," wollen wir etwas beleuchten. Da war wohl die Rolle, die einst ein Sozialdemokrat bei der Steinbruchverwaltung spielte, „Bekämpfung des Klassenfeindes"? Uebrigens: Die Anfrage über die Selbsthilfe stellte in der Kartellsitzung nicht ein „Grünschnabel" (nanu) von KPD.-Mann, sondern ein Sozialdemokrat! Nun zu dem Artikel „Krampftour der »Arbeiter-Zeitung«". Schon an der Ueberschrift sowie an dem verrückten Inhalt erkennt man den bedauernswerten Stalz. Auf den Artikel näher einzugehen, lohnt sich nicht, denn es ist nur eine der üblichen Schimpfkanonaden gegen die KPD. sowie gegen die „Arbeiter-Zeitung". Die Strehlener Arbeiterschaft hat auf ihn den Satz geprägt: „Was die Kul sch... und der Stalz schreibt, ist Mist." Werktätige von Strehlen, wie lange wollt ihr euch noch von der „Volkszeitung" und der SPD. belügen lassen? Werdet Leser der „Arbeiter-Zeitung" und organisiert euch in der Kommunistischen Partei!

Oels. Wer sind die Spalter? In der Nachkriegszeit ist in Oels die Maifeier mit einer Unterbrechung immer von den Gewerkschaften einheitlich durchgeführt worden. Auch in diesem Jahre nahm der Ortsausschuß dazu Stellung und wählte eine Kommission, die das Programm der Maifeier festlegen sollte. In der ersten Sitzung dieser Maifeierkommission wurde unter anderem der Beschluß gefaßt, daß sich die Reichsbannerkapelle sowie die Schalmeienkapelle des RFB. mit ihren Fahnendeputationen beteiligen sollen. Kaum war dieser Beschluß heraus, so begann sofort die Arbeit der sozialdemokratischen Schieber, um den Beschluß zu sabotieren. Es wurde noch eine Sitzung dieser Kommission abgehalten. In dieser wurden die Kollegen dermaßen bearbeitet, daß der erste Beschluß wieder aufgehoben wurde. In der anberaumten Ortsausschußsitzung nahm natürgemäß die Maifeier die meiste Zeit in Anspruch. Langner als Vorsitzender gab das Resultat der Maifeierkommission bekannt. Kollege Stoffel zeigte in der Diskussion auf, mit welchen hinterhältigen Schiebertricks Partei- und Gewerkschaftsbonzen die Arbeiterschaft auseinanderreißen, nur um der sozialfaschistischen Partei die Mitglieder zuzutreiben. Die Angestellten Pröh (Eisenbahner), Meier (Bauarbeiter) und Langner (Holzarbeiter) versuchten mit allen Mitteln, die von Stoffel geschilderten Tatsachen zu bestreiten. Dabei beschimpften sie die Arbeiterschaft auf das gemeinste. Meier erklärte unter anderem, „die Arbeiter wären alle viel zu dumm. Auf ihrem Pantoffelgymnasium, das mit Schoben gedeckt war, hätten sie nicht gelernt, zu entscheiden, ob ihre Politik richtig oder falsch ist." Pröh und Zagermann besaßen den traurigen Mut, zu sagen, daß man von ihnen nicht verlangen kann, hinter Leuten zu marschieren, von denen einzelne Mitglieder ein bis anderthalb Jahre Gefängnis erhalten haben. Dabei ist es so, daß auf Grund der gemeinen und lumpigen Denunziationen der hiesigen „Volkszeitung" diese Arbeiter bei einem Zusammenstoß mit dem Polizeiassistenten Gerlach diese unerhört hohen Strafen erhalten haben, welche übrigens noch nicht rechtskräftig sind. Oelser Werktätige, das sind eure Führer. Kein Verständnis für die Not der arbeitenden Massen, dafür Beschimpfungen von diesen hochgekommenen Kleinbürgern. Die revolutionäre Arbeiterschaft von Oels wird nun die Maifeier selbständig durchführen. Die Vorarbeiten haben begonnen. Genossen, Kameraden und Jugendgenossen, rafft alle Kraft zusammen, agitiert und macht Propaganda für die Maifeier des revolutionären Proletariats! Zu erwähnen ist noch, daß die hiesige „Volkszeitung" in ihrem Bericht über diese Ortsausschußsitzung eine ganze Spalte benutzte, um den „Führerapostel der Unorganisierten, Kommunist Stoffel", so schreibt sie wörtlich — dabei ist Stoffel 24 Jahre Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbandes — nach Strich und Faden herunterzureißen, was Stoffel aber schnuppe ist.

— Maikommission und sämtliche Funktionäre erscheinen am Mittwoch 19,30 Uhr im „Kurfürsten". Es gilt, die letzten Arbeiten zur Maifeier zu besprechen.

Arbeiterkorrespondenten an die Front!

Die bisherige Entwicklung der Arbeiterkorrespondentenbewegung zeigt, daß diese Bewegung sich zum unentbehrlichen Faktor der kommunistischen Journalistik entwickeln kann, zu einer ganz neuen und einzig dastehenden Journalistik überhaupt. Und dieser Faktor, der einzig der kommunistischen Presse zur Verfügung steht, ermöglicht aufs beste eine Massenverbreitung der kommunistischen Presse gegen alle bürgerlichen Zeitungen.

Die Arbeiterkorrespondentenbewegung hat eine überraschende Entwicklung gezeigt; es muß aber doch gesagt werden, daß sie noch nicht genügend durchpolitisiert ist.

Die wichtigen, sogar entscheidenden politischen Erscheinungen und Erschütterungen der Arbeiterbewegung und der Politik wirken nicht so auf die Arbeiterkorrespondentenbewegung ein, wie das bei den Betriebsereignissen der Fall ist. Man muß dazu übergehen, auch in dieser Hinsicht das Arbeitsgebiet der Arbeiterkorrespondentenbewegung zu verbreitern.

Der 1. Mai 1929, der eine entscheidende Etappe in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung Deutschlands darstellt, muß eine solche Wirkung bei den Arbeiterkorrespondenten auslösen, die dadurch wiederum in der „Arbeiter-Zeitung" ihren Ausdruck findet. Es ist notwendig, daß die Arbeiterkorrespondenten Erinnerungen aus den Maikämpfen vor dem Kriege uns übermitteln. Wir müssen von den Arbeitern selbst hören, wie sie trotz Bismarck und Kaisertum sich das Recht auf ihre 1.-Mai-Feier erkämpft haben und wie sie trotz aller Gewalt machtvoll demonstrierten. Wenn sie solche Erinnerungen persönlich nicht haben, so müssen sie sich mit älteren Parteigenossen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern in Verbindung setzen, daß diese uns ihre Erinnerungen übermitteln.

Sehr wichtig ist die Stimmung und Auffassung der breiten Arbeitermassen in den Großbetrieben, Werkstätten, Arbeitsämtern, kurz, im gesamten Arbeiterleben über diese Maifeier. Wir wollen konkrete, Tatsachen enthaltende Berichte über diese Stimmung und halten solche von sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern für besonders wichtig. Die mächtigen Siege der Opposition beschäftigen jetzt auch stark die ganze Arbeiterschaft. Das muß sich auch in unserer Presse widerspiegeln.

Jetzt müssen die Arbeiterkorrespondenten in sämtlichen Ecken auf dem Posten sein und alle, auch die scheinbar unwichtigen Ereignisse dieses Kampfes sofort der „Arbeiter-Zeitung" melden. Also: Alles sofort schreiben und entweder persönlich oder durch den Kurierdienst sofort der Redaktion zuleiten. Diese Pflicht hat nicht nur der Arbeiterkorrespondent, sondern jeder einzelne Parteigenosse, der laut den Thesen des 2. Weltkongresses verpflichtet ist, in jeder Lage seine Presse zu informieren. Arbeiterkorrespondenten erfüllt eure revolutionäre Pflicht!

Oberschlesien

Belegschaft Sosnitzagrube beschließt vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai

Wählt einen Kampfausschuß und eine Delegation zum Reichstreffen des RFB. nach Hamburg!

Am Freitag fand eine Belegschaftsversammlung, einberufen durch den Betriebsrat, statt. In der Belegschaftsversammlung nahm man zum 1. Mai Stellung und die nachstehende Entschließung fand einstimmige Annahme:

Entschließung

Die Belegschaftsversammlung der Sosnitzagrube nimmt zum 1. Mai Stellung und beschließt die vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai. Wir werden uns am 1. Mai geschlossen an der Demonstration der Kommunistischen Partei und deren revolutionären Losungen beteiligen. Mit Entrüstung stellen wir fest, daß der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel in Berlin die Maidemonstrationen verboten hat. Die werktätige Bevölkerung von Gleiwitz muß erst recht — genau wie das Berliner Proletariat — sich an der Demonstration des revolutionären Proletariats beteiligen. Gleichzeitig protestieren wir gegen den Erlaß des preußischen Innenministers Grzesinski, der die Kommunistische Partei verbieten und die Versammlungsrechte der Arbeiter aufheben will. Wir stellen fest, daß sich der Vorstoß des preußischen Innenministers gegen die gesamte Arbeiterklasse richtet und wir werden mit der übrigen Arbeiterschaft und den Erwerbslosen gegen diesen reaktionären Vorstoß ankämpfen.

Es lebe der 1. Mai als Kampftag des Proletariats!
Es lebe der Befreiungskampf der Arbeiterklasse!

Ferner wurde die Frage des Lohnkampfes behandelt und die Wahl eines Kampfausschusses zur Vorbereitung desselben vorgenommen. In der angenommenen Entschließung zum Wirtschaftskampf wird der Ausschuß verpflichtet, alle notwendigen Kampfmaßnahmen vorzubereiten.

Die Belegschaft verkannte auch nicht die Bedeutung des Reichstreffens des RFB. in Hamburg und wählte zu diesem Treffen eine fünfgliedrige Delegation.

*

Belegschaft Hegenscheidt in Gleiwitz auch für vollständige Arbeitsruhe!

Die Belegschaft von Hegenscheidt nahm auch am Freitag in einer Belegschaftsversammlung zum 1. Mai Stellung und beschloß gleichfalls vollständige Arbeitsruhe.

Kampfaufmarsch in Gleiwitz gegen die faschistische Gefahr

Die Arbeiterschaft behauptet die Straße — Stahlhelmpleite

In den letzten Monaten erhebt auch in Deutschland der Faschismus immer frecher das Haupt und geht zum Angriff auf die Arbeiterschaft über. Die faschistischen Mordbanditen genießen den Schutz der republikanischen Behörden. Der „Retter" ist Ehrenmitglied des Stahlhelms. Und dieser Stahlhelm hatte für vergangenen Sonntag seine Mannen aus ganz Oberschlesien zusammengezogen, um gegen die Arbeiterschaft zu demonstrieren. Der Aufmarsch, umzingelt von Schupo zu Fuß und beritten, war sehr kläglich. Ganze 550 Mann brachte man auf die Beine. Wie Gefangene durchzogen die teutschen Helden die Bourgeoisstraßen, trotzdem empfangen von den auf den Straßen gehenden Arbeitern mit Rufen wie:

„Nieder mit dem Stahlhelm!"

Nach den Arbeitervierteln wagten diese Banditen nicht zu marschieren.

Die KPD. und der RFB. hatten gleichfalls die Arbeiterschaft zu einer Kampfdemonstration gegen die faschistische Gefahr unter der Parole „Tod dem Faschismus!" aufgerufen. Hunderte von Arbeitern marschierten auf dem Krakauer Platz auf. Als Vertreter der KPD. sprach Genosse Walter und beleuchtete die Situation und die Gefahr, die dem Proletariat durch den Faschismus droht. Er forderte die Arbeiterschaft auf, sich darum um so fester um die KPD. zu scharen und mit ihr gegen den Faschismus zu kämpfen, wenn sie nicht will, daß die faschistische Diktatur zur Tat wird. Anschließend sprach vom RFB. Kamerad Leppy und wies darauf hin, daß man drauf und dran sei, die Jugend wieder als Kanonenfutter im Interesse des kapitalistischen Profits zu opfern. Die Ausführungen der beiden Redner fanden den lebhaftesten Beifall. Hieran schloß sich eine Demonstration durch die Straßen. Die Polizei versuchte den Demonstrationszug von der Wilhelmstraße abzudrängen, was ihr nicht gelang. Durch die Wilhelmstraße marschierten die Arbeiter unter den Rufen:

„Nieder mit den Sozialfaschisten! — Nieder mit dem Stahlhelm!"

Die Polizeiaktion leitete der Polizeipräsident Beck selbst. Auf der Wilhelmstraße war er sehr nervös geworden, und zwar deshalb, weil es der Polizei nicht gelang, die Arbeiter von derselben abzudrängen. Die Stahlhelmbanditen wurden auf der Promenade von vielen Dutzenden Schupisten aufgehalten und geschützt.

Die Arbeiterschaft marschierte nach dem Germaniaplatz, wo Genosse Sellel sprach und die Feststellung machte, daß die Eroberung von Gleiwitz durch die Stahlhelmbanditen ins Wasser gefallen sei, und das deshalb, weil die Arbeiterschaft die Straße behauptete. Die antifaschistische Front müsse vertieft und verbreitert werden. Ein jeder Arbeiter müsse sich einreihen in die Front zum Kampfe gegen den Faschismus!

Hindenburg

Jugend-Musikspieltruppe

Zwecks Gründung einer Jugend-Musikspieltruppe ersuchen wir die Genossen und Sympathisierenden, deren Kinder Streichinstrumente wie Geige, Gitarre, Mandoline usw. spielen, sie beim Genossen Franz Jarczyk, Urbanstraße 7, anzumelden. Beachtet diese Aufforderung!

Bildung der „Arso" beschlossen

Unter dem Vorsitz des Genossen Hoenisch als Vorsitzendem der neu gegründeten Ortsgruppe des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit tagten am 14. April um 7 Uhr abends die Vertreter der proletarisch-sozialpolitischen Verbände von Hindenburg O.-S. zum Zwecke der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der sozialpolitischen Verbände, um dadurch die Interessen der Proletarier intensiver vertreten zu können und dadurch eine bessere Festigung der Verbände zu erwirken. Die Bildung der Arbeitsgemeinschaft (Arso) wurde einstimmig beschlossen und in den Geschäftsausschuß Genosse Hoenisch als Vorsitzender, Genosse Brehm als Schriftführer und Genosse Mikolajetz als Kassierer gewählt.

Oppeln

Reaktionäre Kommunalpolitik

Wir stellen fest:

daß große Teile der Bevölkerung kein ganzes Hemd zur Verfügung haben und trotzdem 24 500 Mark zur Verfügung des Magistrats und für Repräsentationszwecke vorhanden sind;

daß die städtische Polizei 1913 der Stadt 88 000 Mark, 1924 74 460 Mark und 1929 225 600 Mark Kosten verursacht; davon gehen allein 65 000 Mark an die Schutzpolizei;

daß die städtischen Betriebswerke 650 000 Mark Ueberschüsse aufbringen müssen und deshalb Oppeln mit an erster Stelle in Strom- und Gaspreisen steht, trotzdem der Strom z. B. nur pro Kilowattstunde 4,5 Pf. Selbstkosten verursacht;

daß ein Volksschüler die Stadt nur 120 Mark, ein höherer Schüler aber zirka 280 Mark kostet;

daß die Opfer des Krieges, der Inflation und der Arbeit, das sind die Klein-, Sozial- und Armenrentner, nicht das ihnen gesetzlich zustehende, geschweige denn das zum bescheidensten Leben notwendige an öffentlicher Unterstützung erhalten;

daß z. B. Oppeln in der sozialen Fürsorge unter 125 gleich großen Städten an 112. Stelle steht

daß die staatlich vorgeschriebenen Richtsätze für die Gewährung von Unterstützung als Höchstsätze in Oppeln gezahlt werden;

daß von allein zirka 5000 Volksschulkindern nur 9 Prozent an der städtischen Kinderspeisung beteiligt sind, und von diesen wiederum 40 Prozent nach Aussage eines Kommissionsmitgliedes kein Frühstück von ihren Eltern erhalten konnten;

daß demnach der Wohlfahrtsetat gegenüber dem Gesamtetat der Stadt nur 15 Prozent beträgt, während z. B. Berlin fast 50 Prozent für Wohlfahrtszwecke aufwendet;

daß aus „Sparsamkeitsgründen" die in diesem Jahr vorgesehene unbedingt notwendige Schulzahnpflege gestrichen wurde;

daß genau so wie die Stadt auf der einen Seite in sozialpolitischer Hinsicht reaktionär ist, sie noch reaktionärer in der Steuerhandhabung ist. — So wird die Grundvermögensteuer von 300 auf 380 Prozent erhöht, d. h., daß jeder Mieter mit einem noch so geringen Einkommen, ja selbst wenn er oder ein Familienangehöriger Wohlfahrtsunterstützung erhält, durch höhere Mietezahlung zum Steuereinkommen herhalten muß, da jeder Hausbesitzer berechtigt ist, den über 100 Prozent hinausgehenden Teil der Grundvermögensteuer auf die Mieter abzuwälzen.

Wir stellen zum Schluß fest, daß die Arbeiterschaft alle Veranlassung hat, sich mit der Kommunalpolitik des Zentrums und der Deutschnationalen unter Führung des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters recht intensiv zu beschäftigen und bei kommender Gelegenheit die Quittung für diese reaktionäre Kommunalwirtschaft zu geben hat.

„Oppelner Zeitung" doch in Zentrumshand

Wir berichteten vor etwa zwei Monaten, daß die „O. Z." in die Hände des Zentrums überging. Das Blatt galt bis dahin als neutral. Auf unsere Notiz erhielten wir eine Berichtigung, wonach dieselbe nicht den Tatsachen entsprechen sollte, also das Zentrum nicht seine schwarzen Hände in diesem Beeinflussungsmittel hatte. Für uns war es trotzdem klar, daß die Berichtigung nur ein Schwindel ist, aber wir hatten keine kräftigeren Beweismittel zur Hand.

Die deutschnationale „Tageszeitung" bringt nun in ihrer Nummer vom 21. 4. 1929 einige Enthüllungen darüber, daß doch das Zentrum die „O. Z." gekauft habe. Der Kaufpreis beträgt 150 000 Mark. Schon seit 1927 hatte das Zentrum durch die Stadtverordneten Kaluza und Kabath die größten Anteile der „O. Z." in der Hand. Am 10. 4. 1929 wurden nun noch die Genossenschaftler mit kleineren Anteilen, die dem Zentrum nicht in den Kram paßten, ausgeschifft.

**Die „Oppelner Zeitung" ist also vollständiges Zentrumsblatt.
Die Gelder, die zu dem Kauf notwendig waren, sollen vom Prälaten Kubis kommen.**

Allerdings benutzt Kubis nach außen hin einige dem Zentrum zuverlässige Elemente als Schildhalter. Die Kirche hat also in Oppeln ein Verdummungsinstrument mehr. Der „Kurier", der ja sowieso ein rachitisches Kind ist, hat eine Schwester bekommen.

Die Arbeiterschaft muß darum ihren Kampf verstärken, intensiver für die Ausbreitung ihrer Presse, der „Arbeiter-Zeitung", sorgen und die pfäffischen Verlullungsmittel in Arbeiterkreisen vollständig kaltstellen.

Die Arbeiterschaft am 1. Mai mit der KPD.

Für Sonnabend lud die Partei die Vertreter der Oppelner Arbeiterschaft, der proletarischen Massenorganisationen, oppositionelle Gewerkschaftler, Betriebsräte und den Erwerbslosenausschuß zu einer vorbereitenden Sitzung zur Durchführung der Feier des 1. Mai ein. Erschienen waren Vertreter aus 21 Organisationen und Betrieben. Die Vertreter der Oppelner Arbeiterschaft sind einmütig der Auffassung, daß nur die Kommunistische Partei am 1. Mai unter den roten Fahnen und revolutionären Losungen die Arbeiterschaft auf die Straße führen kann.

Arbeiter, darum am 1. Mai vollständige Arbeitsruhe, und demonstriert geschlossen mit der KPD.!

Achtung! Armenunterstützungsempfänger!

Die Zahlung der Armenunterstützung und des Pflegegeldes findet am Mittwoch, dem 1. Mai, vormittags von 9 bis 12 Uhr in der Zahlstelle des Wohlfahrtsamtes, Malapaner Straße, Baracken, statt.

Um pünktlichste Einhaltung des Zahlungstermines wird ersucht.

Handball-Werbespiel

Am Sonntag, dem 28. April, findet auf dem städtischen Sportplatz Rosenberger Straße (früher VfR.-Platz) ein interessantes Handballspiel statt. Wir machen heute schon auf dieses Spiel aufmerksam und ersuchen alle Sportfreunde, sich dieses anzusehen. Zweck des Spieles ist, neue Kämpfer der Arbeitersportbewegung zuzuführen.

Neustadt

Kundgebung gegen Grzesinski-Erlaß

Die hiesige Ortsgruppe der Partei hatte für Freitag, den 12. 4., zu einer Kundgebung aufgerufen, an der sich die Werktätigen zahlreich beteiligten. Genosse Britz zeigte ausführlich die verräterische Rolle der Reformisten auf. Reicher Beifall bewies, daß das Neustädter Proletariat wach wird. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute, am 12. 4., in Neustadt auf dem Ringe versammelten Einwohner protestieren gegen den Erlaß des sozialdemokratischen Innenministers Grzesinski, welcher dahin geht, die KPD. und den RFB. in die Illegalität zu drängen, damit die imperialistischen Diktaturpläne der Bourgeoisie besser durchgeführt werden können.

Die bereits erlassenen Demonstrationsverbote zeigen, daß der Arbeiterklasse das Recht auf die Straße genommen werden soll, wogegen die faschistischen Verbände immer frecher und provokatorischer unter dem Schutze der Polizei auftreten.

Wir geloben, all unsere Kräfte dafür einzusetzen, daß die KPD. und der RFB. dem Proletariat als einzige Schutz- und Wehrorganisation erhalten bleiben.

Es lebe die KPD. und der RFB.!
Es lebe die Sowjetunion!
Es lebe der siegreiche Kampf der Arbeiterklasse!"

Es wird weiter im Interesse der Bourgeoisie gewirtschaftet

Aus dem Oppelner Stadtparlament — Deutschnationale danken dem SPD.-Oberbürgermeister — Zentrum macht in Wahldemagogie — Allein Kommunisten nur für die Werktätigen

Am Freitag fand die Stadtverordnetensitzung in Oppeln statt, die sich in der Hauptsache mit der Etatsfrage beschäftigte. Die Stadtverordneten erschienen fast restlos, der Magistrat trat vollzählig an, ist doch die Budgetfrage die wichtigste in der Kommunalpolitik. Die Hauptsache zum Etat wurde zwar schon in den Vorbereitungssitzungen von den „Volksvertretern" erledigt. In der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten stand für die Bürger nur noch die Frage, den nicht im Interesse der werktätigen Bevölkerung liegenden Etat möglichst ohne viel Aufsehen und schnell zu verabschieden. Die kommunistische Fraktion trat diesem Manöver energisch entgegen.

*

Der sozialdemokratische Oberbürgermeister Dr. Berger eröffnete durch einen Verwaltungsbericht über 1928 das Rennen. Als interessant ist daraus zu entnehmen, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden als großer Bruchhaufen zugegeben werden mußte. Leider vergaß Dr. Berger zu sagen, daß seine Ministergenossen dieses ganz in der Ordnung finden, obwohl sie vor dem Kriege einmal für eine wirkliche Selbstverwaltung eintraten. Die Wohnungsverhältnisse schilderte Dr. Berger als sehr schlecht (das weiß jeder schon lange), aber etwas dagegen tun kann er nicht. Sonst schilderte der Bericht alles in rosiger Farbe. Deutschnationale und Zentrum ergriffen das Wort und verstießen ungerügt gegen die Geschäftsordnung, indem sie theatralische Erklärungen zu der Ueberlassung des Stadttheaters an die Polen abgaben. Genosse Girndt kritisierte den Vorsteher deswegen und gab den komödienhaften Chauvinisten ordentlich Bescheid. Zum Geschäftsbericht nahm er für die kommunistische Fraktion Stellung und beleuchtete die städtische Wirtschaft als eine Mißwirtschaft, Raubbauwirtschaft an den städtischen Betrieben, Geschenke der Stadt an die verschiedenen Behörden auf Kosten der Steuerzahler, eine schlechte Wohnungspolitik u. a. m. Im besonderen sprach Genosse Girndt gegen den im vergangenen Jahre beschlossenen Kasernenneubau, gegen den nur die Kommunisten stimmten, und der der Stadt eine ungeheure Belastung bringt.

Die bürgerlichen Stadtväter und auch Dr. Berger konnten die Anklage der Kommunisten nicht entkräften. Verdattert schritt man an die Erledigung einiger kleinerer Tagesordnungspunkte. Die kommunistische Fraktion war gegen die Erhöhung des Schulgeldes an der Handelsschule, weil das wieder nur eine Belastung für die kleineren Leute bringt, die ihre Kinder etwas lernen lassen wollen. Gegen die Kommunisten wurde jedoch die Erhöhung beschlossen.

Die Etatsberatung wurde durch Verlesen einer längeren Rede vom Oberbürgermeister eingeleitet. Ein Lamento auf ein „Notjahr der deutschen Wirtschaft", unter dem besonders die Kommunen leiden müssen (bei 12 und 15 Prozent Dividenden klingt das „Notjahr" allerdings sehr komisch). Es muß gespart werden — und es wird gespart an den Armen. Der Deutschnationale Schiffmann sprach dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister den Dank der Deutschnationalen für gute Arbeit aus. Das spricht für sich und ist nur ein Glied mehr in der Kette der Beweise, daß die Sozialdemokratie nur das Werkzeug der Kapitalisten ist. Anders demagogisch stellte sich das Zentrum ein. Sein Vertreter, ein guter schwarzer Sandstreuer, ging um den Etat wie die Katze um den heißen Brei. Ueber die Personalpolitik beklagen sich die Schwarzen, denen wohl noch die Luft auf einige Krippen gekommen ist. Scharf beschwerte sich das Zentrum, daß seinem Bürgermeister Scholz das Dezernat der Mädchenberufsschule abgenommen wurde. Wir nehmen nicht an, daß der Zentrumsmann nur ein besonderes Interesse an den Mädchen hatte, sondern erklären uns das so, daß es dem Zentrum auf den pfäffischen Einfluß im Schulwesen ankommt.

Für die Kommunisten sprachen die Genossen Girndt und Libor zum Etat. Genosse Girndt verglich die Kommunalpolitik mit der Reichs- und Staatspolitik und zeigte hier wie dort die Arbeiterfeindlichkeit in der Politik der Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten auf. Das zeigte sich besonders auch beim Sozialetat, der völlig ungenügend ist. Die kommunistische Fraktion stellte den Dringlichkeitsantrag, denselben um wenigstens 100 000 Mark zu erhöhen, was die Stadtverordnetenversammlung aber ablehnte. Genosse Libor griff den hohen Polizeietat an und stellte demselben unter anderem den Posten für die Schulkinderspeisung gegenüber, der nicht im geringsten die große Notlage beheben kann. Genosse Libor brachte einige erschütternde Zahlen, für die aber die satten Bürger kein Verständnis hatten.

Die Reden der Bürgerlichen waren leeres Stroh. Der Etat wurde zum Schluß doch ohne Aenderungen gegen die Kommunisten angenommen. — Jetzt kann von neuem die arbeiterfeindliche Wirtschaft losgehen. Die Werktätigen werden ja diesen Etat wieder am eigenen Leibe spüren und werden auch ihre Schlüsse daraus ziehen, die nur darauf hinauslaufen können, die heutige Gesellschaft, den heutigen kapitalistischen Staat bis zu seinem Sturze zu bekämpfen.

S.

Rundfunk-Programm

Mittwoch, 24. April. 16: Jugendstunde. Wilh. Treuller: Vom Plattensee zur Adria. Fahrt des Deutschen Pfadfinderbundes nach Jugoslawien. — G. Kunze: Lustige und lehrreiche Bastelexperimente. ● 16.30: Alpenklänge. Bayrische Oberlandler Trachten- und Stimmungskapelle. ● 18: Dr. Grete Jsenel: Mittelmeerfahrt. ● 18.25: H. v. Hüllen: Begegnungen mit Staatsmännern. ● 18.50: Gleiwitz: Oberbürgermeister Dr. Geisler, Gleiwitz: Grenznot der oberschlesischen Städte. ● 19.25: Wetter. ● 19.25: Erich Landsberg: Kulturkrise? ● 19.50: M. Darge: Blick in die Zeit. ● 20.15: Sinfoniekonzert. Juon: Episodes Concertantes für Violine, Cello und Klavier mit Orch. — Mahler: Sinfonie Nr. 4 in G-dur. Ausf.: Posniaktrio: v. Posniak (Klavier), K. Freund (Violine), J. Bernstein (Cello), Edith Holland (Sopran), Schlesische Philharmonie. ● 22: Berlin: Chefredakteur Dr. Räuscher: Presseumschau des drahtlosen Dienstes. ● Anschl.: Dr. Soff: Aufführungen des Breslauer Schauspiels.

Donnerstag, 25. April. 9.30: Gleiwitz: Schulfunk. Lehrer Strecke und sein Schüler: Einführung in die heimatliche Urgeschichte. ● 16: Stunde mit Büchern. ● 16.30: Konzert. Funkkapelle. ● 18: Dr. med. Pogorschelsky: Plauderei über Erziehungsfragen. ● 18.25: Dr. Kempner: Wirtschaftliche Zeitfragen. ● 18.50: Generalsekretär Schmidt: Deutsche Arbeiterdichtung der Gegenwart. ● 19.10: Wetter. ● 19.10: Sonntagsruhe und Arbeitszeit. ● 19.35: Dr. Soff: Die Praxis des Theaters. ● 20: Stadttheater Beuthen O.-S.: Aufführung des Oberschles. Landestheaters: Zar und Zimmermann. Komische Oper in drei Akten von A. Lortzing. Pers.: Peter der Erste, Zar von Rußland, unter dem Namen Peter Michaelow als Zimmergeselle; Peter Iwanow; van Bett, Bürgermeister von Saardam; Marie, seine Nichte; Admiral Lefort, russ. Gesandter; Lord Syndham, engl. Gesandter; Marquis von Chateauneuf, franz. Gesandter; Witwe Brown, Zimmermeisterin; ein Offizier; ein Ratsdiener. Zimmerleute, Braut und Bräutigam, Hochzeitsgäste, Einwohner von Saardam, holländ. Soldaten, Magistratspersonen, Matrosen. Ort: Saardam in Holland im Jahre 1698. ● Anschl.: Tanzmusik. Jazz- und Tango-Orch. „Schwarz-Weiß".

Freitag, 26. April. 16: Hausfrauenbund: Marie Kynast: Praktischer Nachmittag. Wie gestalte ich meine Wohnung zeitgemäß? Küchenzettel. Rezepte. ● 16.30: Konzert. Ausf.: Funkkapelle, Erwin Poplewski (Klavier), Kurt Reichert (Trompete). ● 18: Ewald Fröhlich: Wie steht es mit den Sportmöglichkeiten an unseren [illegible]? ● 18.10: Gleiwitz: Chefred. Dr. Jokel: Das geistige Werden in Oberschlesien. ● 18.35: A. Hohlinger: Das Filmmanuskript. ● 19.10: Wetter. ● 19.10: Prof. Dr. Landsberger: Der italienische Kunstcharakter. ● 19.35: Dr. Samuel: Gold aus Quecksilber? ● 20: Alex. Runge: Mein erstes Hörspiel. ● 20.05: Tritschtratsch. Ein heiteres Hörspiel von Alex. Runge. Personen: Der Sprecher; Inspektor Wurm; Marie, seine Tochter; Frau Dehneberger; Gottlieb, ihr Neffe; Tratschmierl, Zigarrenhändler; [illegible] Charlotte, Christine u. Babette: Putzmacherinnen. ● Anschl.: Kammermusik. Sedlak-Winkler-Quartett. [illegible]: Streichquartett [illegible]-moll. — Krensky: Streichquartett A-moll. (Dem Andenken [illegible]). Mitw.: F. Sedlak (Violine), [illegible] (Violine), M. Winkler (Cello), G. Gruber (Viola). ● 22: Nachtkonzert.

Haut-Bleichkrem

Jetzt ist es Zeit, Sommersprossen, Leberflecke, gelbe Flecke im Gesicht und an den Händen zu beseitigen durch Bleichen mit Klorokrem, Tube 1 M. und Klorozolfe 1 Stück 60 Pf. Unschädlich und seit Jahren [illegible]. Mit genauer Anweisung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu [illegible].

Wie Karl und Rosa gemeuchelt wurden

Der Mörder Runge sagt aus

„Es ist Befehl, daß die beiden nicht lebend aus dem Hause kommen“

Runge nach der Vernehmung

Gestern wurde in dem Beleidigungsprozeß gegen den verantwortlichen Redakteur des „Tagebuchs“, der inzwischen längst zu einem Prozeß gegen den Reichsanwalt Jorns wegen Begünstigung der Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geworden ist, der Mörder Wilhelm Runge, der jetzt mit amtlicher Genehmigung Radolf heißt, vernommen.

Er sagte aus: Ich hatte damals Wache an der Ausgangstür nach der Kurfürstenstraße zusammen mit dem Jäger Draeger. In dem Augenblick, wo man Karl Liebknecht und Frau Luxemburg ins Eden-Hotel schaffte, trat Kapitänleutnant von Pflugk-Hartung an mich heran und sagte:

„Es ist Befehl, daß die beiden nicht lebend aus dem Hause kommen. Wenn sie herausgehen, müssen sie erschossen werden.“

Auf meine Einwendung, daß man hier, wo so viele Leute ständen, nicht schießen dürfe, antwortete er: Dann nehmen Sie eben den Kolben. Es sei eine Prämie ausgesetzt von Scheidemann, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht tot oder lebendig einzuliefern. Kurze Zeit später wurde Frau Luxemburg von Oberleutnant Vogel herausgeführt. Ich nahm mein Gewehr und schlug zu.

Runge schilderte dann, wie er versetzt wurde und schließlich, um der Verhaftung zu entgehen, flüchtete.

Jorns hilft dem Mörder

Runge: Vier- oder fünftausend Mark habe ich auf die Flucht mitbekommen. Runge erzählt dann weiter, wie er schließlich zum Freikorps Bülow und zum Freikorps Stelle gekommen ist. Schließlich erschienen eines Tages Kriminalbeamte und nahmen ihn fest. Runge behauptet, daß die Kriminalbeamten ihm erklärt hätten, sie hätten bereits mit Kriegsgerichtsrat Jorns gesprochen,

er solle nur keine Brühe machen und alles auf sich nehmen. Die Belohnung von Scheidemann kriege er auch.

Dann fährt Runge fort: Am 13. April kam ich ins Eden-Hotel. Da war der Kriegsgerichtsrat Jorns und sagte zu mir, er wolle erst mal privat mit mir sprechen. Ich solle keine Brühe machen und alles auf mich nehmen. Ich würde in höchstens drei Monaten herauskommen, und dann käme die Militäramnestie, und dann könnte ich mich wieder an die Leute wenden, die für mein Weiterkommen sorgen würden.

Es kommt schließlich ein Aktenvermerk von der Hand des Kapitänleutnants von Pflugk-Hartung zur Verlesung, aus dem hervorgeht, daß ein weiterer Mörder, Oberleutnant Vogel, erst am 15. Januar um 12 Uhr mittags offiziell bei der Garde-Kavallerie-Schützen-Division geführt wurde. Der Zeitpunkt seines Eintritts ist darum von großer Bedeutung, weil Vogel erst von diesem Augenblick an der Gerichtsbarkeit der Garde-Kavallerie-Schützen-Division unterstand. Es besteht der Verdacht, daß dieser Vermerk erst nachträglich von dem Kapitänleutnant v. Pflugk-Hartung gemacht worden ist.

Vorsitzender: Sie schließen also aus der Tatsache, daß Oberleutnant Vogel nicht den Zivilgerichten ausgeliefert wurde, daß Jorns die Absicht hatte, ihn dem zuständigen Gericht zu entziehen, um auf diese Weise eine völlige Aufklärung der Tatumstände zu verhindern.

Verteidiger: Das ist allerdings die Auffassung der Verteidigung.

Der Vorsitzende vertagt darauf die Verhandlung. Am Mittwoch wird die Flucht des Oberleutnants Vogel erörtert werden und dann der Staatsanwalt das Wort zu seinem Plädoyer erhalten. Das Urteil ist für Mittwochabend zu erwarten.

Alle Ortsgruppen,

die noch keine Maiabzeichen bestellt haben, werden aufgefordert, die Bestellung sofort bei der Bezirksleitung aufzugeben. Ortsgruppen, die Referenten am 1. Mai beanspruchen, müssen bis spätestens 25. April die Referenten bei der Bezirksleitung angefordert haben. Spätere Anforderungen können unter keinen Umständen berücksichtigt werden. Bezirksleitung Org.-Abteilung.

Versammlungskalender

Kommunistischer Jugendverband

Breslau

— **Gruppe West.** Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Graf, Westendstraße.

— **Gruppe Süd.** Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Wagner, Messergasse 34.

— **Gruppe Nord.** Dienstag 20 Uhr bei Rüdiger, Arebnitzer Straße 56, wichtige Mitgliederversammlung.

Wüstegiersdorf. Dienstag 19,30 Uhr Heimabend im „Hotel zur Sonne“.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau

— Dienstag um 19 Uhr Abteilungsführersitzung des RFB. im Gaubüro, Fischergasse 22. Alle technischen und politischen Abteilungsführer müssen erscheinen.

Freiburg. Dienstag um 19,30 Uhr im „Grünen Baum“ wichtige Mitgliederversammlung. Referent Gauleiter Scholz. Uebungsstunde der Kapelle fällt aus!

Rote Jungfront

Breslau

— **Abt. Max Heltz.** Dienstag 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Graf, Westendstraße.

— **Abt. Lenin.** Dienstag 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Schneemann, Sadowastraße.

Sonstige Organisationen.

Breslau

— **Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.** Mittwoch 18 Uhr haben alle Kassierer mit sämtlichem Material im „Goldenen Lachs“ zu erscheinen. Daselbst 19,30 Uhr Funktionärsitzung. Alle Funktionäre haben zu erscheinen.

— **Arbeiterschützen.** Dienstag 20 bis 22 Uhr Uebungsschießen bei Reimann, Neue Antonienstraße 2.

Freiburg. Metallarbeiterverband (Jugend). Dienstag 19,30 Uhr im „Blücher“, Polsnitz, Versammlung. Vorbereitung zum Werbeabend usw. Alle Jugendfreunde müssen erscheinen!

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Der Inhaber der Bulgaria-Zigarettenfabrik G. m. b. H., Dresden, Herr S. Krenter, bittet uns, zu veröffentlichen, daß sein Unternehmen nicht dem Reemtsma-Konzern angehört, sondern daß er für seine eigene Rechnung arbeitet.

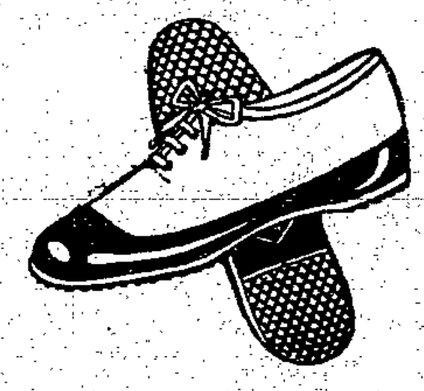
Schauspielhaus
Operettenbühne Tel. 36300
Täglich 20 Uhr
Die gold'ne Meisterin

Zentral-Bekleidungshaus
Herren- und Knaben-
Berufs- und Arbeiterbekleidung
Matthiasstrasse 124

Bettstellen
Eiche 2 Stück mod. Form 95.00 Mk.
Erle pol. 2 Stück mod. . . 85.00 Mk.
Küchen 7teilig . von 135.00 Mk. an
Teilzahlung gestattet!
Giesel, Brüderstraße 23

Sie verdienen täglich
10 Mark
mit Schallrsenkel
Nur persönl. kommen
Reste
in Serge, Kittel, Leinwand, Kermelsutter, Roßhaar, Garn, Knöpfe, Kernseife, Erdal alles sehr billig prima Ware
Detail und Engros
Berth. Lippert
Breslau
Heinrichstraße 16
Filiale: Oderstr. 17
Weißgerbergasse 43

Morgen:



Ganz besondere Kaufgelegenheit!
Fast für die Hälfte des regulären Preises
Zirka 500 Paar
braune und graue
Gummi-Turnschuhe
für Kinder und Damen, mit schwarzer, angegossener Gummisohle, zum Schnüren
mit kleinen Schönheitsfehlern!
Größe 20/28 29/35 36/43
durchweg Paar 1.25 1.75 1.95
Plesson Waldschmidt G.m.b.H.

Arbeitersport

Handballresultate vom Sonntag

Männer A-Klasse:
5. Abt. I — 1. Abt. I 4:0 (3:0)
7. Abt. I — 2. Abt. I 0:1 (0:1)
Fichte-Mochbern — 6. Abt. I 5:2 (4:2)

Männer B-Klasse:
Nordost I — 1897 I 0:1 (0:1)
8. Abt. I — 1925 I 1:4 (0:1)
5. Abt. II — 7. Abt. II 0:6 (0:1)

Männer C-Klasse:
Fichte-Mochbern II — 1925 II 1:0 (1:0)

Männer D-Klasse:
7. Abt. IV — Nordost II kampfl. f. Nordost
8. Abt. II — Deutsch-Lissa I kampfl. f. 8. Abt. II
9. Abt. I — 4. Abt. II kampfl. f. 4. Abt. II
7. Abt. III — 1925 III 0:0

Jugend A-Klasse:
2. Abt. I — 4. Abt. I 17:2 (6:0)
6. Abt. I — Gandau I 0:0

Jugend B-Klasse:
5. Abt. II — Deutsch-Lissa I 0:4 (0:2)
Nordost I — 8. Abt. I 4:1 (1:1)

Sportlerinnen A-Klasse:
3. Abt. I — Nordost I 0:0
1921 I — 4. Abt. I kampfl. f. 4. Abt.

Sportlerinnen B-Klasse:
Einigkeit I — 4. Abt. II 5:0 (3:0)
Freiheit I — West I kampfl. f. West
VfL. I — Sil.-Kickers I 0:0

Waldlauf der „Freien Sportvereinigung 1897“

Trotz der noch laufenden Handballserie brachte der Abschluß der Waldlaufsaison, der Geländelauf der Freien Sportvereinigung 1897 in dem Gelände der Loheaufforstung, noch eine stattliche Anzahl Teilnehmer an den Start, die sich bei starkem Wind auf den verschiedenen Strecken schöne Kämpfe lieferten. Die Läufe hatten nachstehende Ergebnisse: **Schüler:** 1. Mücke, Fr. Sportvg. 1897, 1,57,9 Min. 2. Gladisch, Fr. Sportvg. 1897, 2,07 Min. **Jugend 14—16 Jahre:** 1500 Meter: 1. Greschuchna, 9. Abt. Fr. T., 5,03,3 Min. 2. Kurfürst (1897) 5,24 Min. 3. Herrmann (1897) 6,24 Min. 4. H. Koch (1897) 4,57 Min. 2. Höflich (6. Abt. Fr. T.) 5,01,2 Min. 3. Gula 9 Punkte. **Jugend 16—18 Jahre:** 1500 Meter: 1. Schmauch (1897) 4,57 Min. 2. Höflich (6. Abt. Fr. T.) 5,1,2 Min. 3. Gula (Fr. Ruderer) 5,03 Min. Mannschaftslauf: 1. Freie Rudervereinigung 12 Punkte. 2. Fr. Sportvg. 1897 14 Punkte. **Jugend, Fortgeschrittene:** 3300 Meter: 1. Beier (Fr. T. Zimpel) 12,26 Min. 2. Rother (Nordost) 12,31 Min. 3. Tamm (Sportverein 1925) 12,38 Min. **Sportlerinnen:** 600 Meter: 1. Schöpke 2,11,4 Min. 2. Stefan 2,11,5 Min. 3. Wende 2,14 Min., sämtlich 2. Frauenabteilung der Freien Turnerschaft. **Männer:** 3100 Meter: 1. Masur (5. Abt. Fr. T.) 10,55 Min. 2. Dwornzek (Nordost) 10,59 Min. 3. Mendel (Sportverein 1925) 11,01 Min. Mannschaftslauf: 1. Sportverein 1925 13 Punkte. 2. Fr. Rudervereinigung 24 Punkte. 3. Fr. Sportvg. 1897 32 Punkte. **Männer:** 5500 Meter: 1. Borchel (Rudervg.) 19,46 Min. 2. Krause (4. Abt. Fr. T.) 19,49 Min. 3. Galisch (Rudervg.) 19,58 Min. Mannschaftslauf: 1. Freie Rudervereinigung 8 Punkte.

Breslauer Handballserienspiele am 28. April.

B-Klasse:
10,15: 8. Abt. — Nordost, Helmutwiese, Schönfeld, Gasche
10,50: 1925 — 1897, Oswitz, Kalnza, Striezel
15,00: 5. Abt. — 1. Abt., Oswitz, Gesellschaftsspiel, Moßig, Lichnock
15,45: 7. Abt. — 6. Abt., Eichenpark, Renschin I, Fritsch II.

C-Klasse:
9,40: 1925 — 4. Abt., Oswitz, Kalnza, Striezel
15,00: Mochbern — Gandau, L.-H.-Pl., Fabian, Schwarz

D-Klasse:
3,30: 1925 — 7. Abt. IV, Oswitz, Schlesinger, Koch
9,00: 8. Abt. — 4. Abt., Helmutwiese, Schönfeld, Gasche
15,00: Nordost — 7. Abt. III, Oswitz, Guhr, Würfel
16,15: Tt.-Lissa — 9. Abt., Klein-Heidau, Zahn, Bräuer

Jugend-A-Klasse:
8,30: Poseidon — 2. Abt., Stadion, Regahl, Krause
14,30: 7. Abt. 1. Jgd. — 4. Abt., Eichenpark, Renschin I, Fritsch II.
15,00: Gandau — 5. Abt., Gnadau, Scholz, Grünig
6. Abt. spielfrei.

Jugend-B-Klasse.
9,10: Poseidon — 9. Abt., Stadion, Regahl, Krause
15,00: Tt.-Lissa — 8. Abt., Klein Heidau, Zahn, Bräuer
15,00: Neukirch — 1897, Lohewiese, Kirtzeck, Fischer
16,15: Nordost 1. — 5. Abt., Oswitz, Flaschka, Tscherntke
16,15: Mochbern — Nordost 2., L.-H.-Platz, Fabian, Schwarz

Sportlerinnen-A-Klasse
17,10: 1921 — 3. Abt., Oswitz, Pl. d. 5. Abt., Mosig, Lichnock

Sportlerinnen-B-Klasse
15,00: Freiheit — 4. Abt., Oswitz, Renschin II, Schubert
16,15: 2. Abt. — Silesia, Lohewiese, Kirtzeck, Fischer
16,15: 3. Abt. — VfL., Oswitz, Baum, Ulbrich
17,00: West — Einigkeit, Eichenpark, Pl. d. 7. Abt., Reichert, Kretschmer.

Tt.-Lissa spielfrei. — Erstgenannter Verein hat Platzbau.

Fußballsparte. Uebungsklasse. Sämtliche Genossen der Kreisschule, einschließlich der nachgemeldeten, treffen sich am Donnerstag 17 Uhr auf dem VfL.-Platz in Gandau. Fußballkleidung mitbringen. — Hauptspielausschuß. Donnerstag 20 Uhr bei Firla, Jahnstraße, Sitzung. — Spielvereinigung 1921. (Freitag 20 Uhr Monatsversammlung in der „Erholung“, Eichenparkstraße. Sehr wichtige Tagesordnung. — Verhandlungsausschuß. Ladungen für den 29. April 20 Uhr: Folgende Vereinsvertreter: Rapid, Wacker, Wratisl., Vorw., West, VfR., Union, VfB., Oswitz, Hundsfeld, Freiheit, Falke, VfK.; dazu Berichterstatter Sport-Mosler. 20,30 Uhr folgende Schiedsrichter: Steinert (Hertha), Klapper, Jedel (Silesia-Kickers), Gerlach, Fränkel. 21 Uhr: Vereinsvertreter Wratislawia mit Unterlagen (betr. Gregor).

Der Werbeabend der Sportlerinnenabteilung der Freien Sportvereinigung 1897 im „Jägerhof“ sah bei gutem Besuch der Nürnberger Festfreiübungen für Frauen und Männer in guter Darstellung. Uebungsstunden sind jeden Mittwoch von 20 bis 22 Uhr in der Turnhalle 2 am Sauerbrunnen.

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Verein. Mittwoch Monatsversammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8.

Zirlau. Fußball vom Sonntag. Im Serienspiel Stern Zirlau gegen Freie Sportfreunde Dittersbach waren letztere, nach flottem und anregendem Spielverlauf, trotz ihres Eifers, die Unterlegenen. Die Resultate der II. Mannschaften 3 : 0 für Stern, der I. Mannschaften 7 : 1 für Stern, entsprechen dem Spielverlauf und der Spielstärke beider Vereine. — Kommenden Sonntag spielen die Stern-Mannschaften gegen die gleichen des Sportvereins „Ring“ in Sandberg.

Oberschlesische Jungarbeiter, heraus!

Junge Arbeiter!
Heraus zur öffentlichen Kundgebung!
Thema:
„Arbeitende Jugend und der 1. Mai.“
Redner: Bezirksleiter Achtelik,

Mittwoch, dem 24. April, 19 Uhr, auf dem Marktplatz in Zaborze,
Freitag, dem 26. April, 19 Uhr, auf dem Marktplatz in Mikultschütz,
Sonnabend, dem 27. April, 19 Uhr, auf dem Ring in Gleiwitz,
Dienstag, dem 30. April, 19 Uhr, auf dem Reitzensteinplatz in Hindenburg.

Arbeitende Jugend, marschiere in Massen zu den Kundgebungen des KJVD. auf!

Kommunistischer Jugendverband,
Rote Jungfront,
Bezirk Oberschlesien.